

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl.
Bei Postbezug vierteljährl. 10,16 zl, monatl. 5,89 zl. Unter Streifband in Polen
monatl. 8 zl, Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — **Einzel-Nr.** 25 gr.
Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebs-
störung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der
Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Heraus-Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr, die einsämtliche
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei
Plakatvorrichtung und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von An-
zeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr
übernommen. — Postcheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 123.

Bromberg, Donnerstag den 2. Juni 1932.

56. Jahrg.

Franz von Papen

mit der Regierungsbildung im Reich betraut!

Berlin, 31. Mai. (Eigene Meldung.) Im Anschluß an die heutigen Besprechungen mit den Führern der Parteien übertrug Reichspräsident von Hindenburg die Mission zur Neubildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration dem ehemaligen Landtagsabgeordneten und Vorstandsmitglied der Zentrumspartei Franz von Papen. Herr von Papen hat die Mission angenommen.

Franz von Papen war Mitglied der Zentrumspartei im Preußischen Landtag und wurde besonders durch seine Stellungnahme gegen die Linkssrichtung innerhalb der Zentrumspartei bekannt. Er ist Hauptaktionär des führenden norddeutschen Zentrumsorgans, der „Germania“. In Zentrumskreisen wird aber besonderer Nachdruck darauf gelegt, daß die Kandidatur des Herrn von Papen, die ohne offizielle Billigung der Parteileitung in den Vordergrund geschoben wurde, nicht auf die Unterstützung der Zentrumspartei rechnen könne. Die Zentrumsführer sollen in der Unterredung mit dem Reichspräsidenten erklärt haben, daß ihre Partei in das neue Kabinett nicht einziehen werde. Die Stellung des Zentrums dem kommenden Kabinett der nationalen Konzentration gegenüber wird von seiner Zusammensetzung und seinem Programm abhängen.

Franz von Papen,

wohnhaft in Haus Merfeld bei Dülmen in Westfalen, ist am 29. Oktober 1879 in Werl geboren. Er war bis zum Umsturz aktiver Offizier; vor dem Kriege Major im Generalstab, während des Krieges (bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg) Militärrattaché bei der deutschen Botschaft in Washington. In dieser Stellung hat er besonders erbittert gegen den Eintritt Amerikas in den Krieg gekämpft. Nach seiner Rückkehr in die Heimat wurde er als Zentrums-Abgeordneter in den Preußischen Landtag gewählt. Ebenso wie Brüning stand er auf dem rechten Flügel der Zentrumspartei.

London, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Londoner Blätter veröffentlichten die Nachricht über die Ernennung von Papens zum Reichskanzler und bringen gleichzeitig Einzelheiten aus der Zeit seiner Karriere als Militärrattaché an der deutschen Botschaft in Washington während des Krieges. Diesen Berichten zufolge habe von Papen an Päckchen und an Vorbereitungen von Bombenanschlägen und an Vorbereitungen von Bombenanschlägen in den amerikanischen Munitionsfabriken, die für die Entente arbeiteten, teilgenommen. Deswegen sei auf das Verlangen der Amerikanischen Regierung hin 1915 seine Amtsernennung erfolgt. „Daily Telegraph“ erinnert an die Rolle, die von Papen als Organisator des antifönglischen Aufstandes in Indien und Irland gespielt habe.

Neue Reichsminister.

Aus politischen Kreisen erfährt man, daß für die einzelnen Ministerstellen des neuen Reichskabinetts folgende Kandidaturen außersehen sind: Reichsinnenminister: Freiherr von Neurath, gegenwärtig Botschafter in London; Reichsinnenminister: Freiherr von Gayl, das ostpreußische Mitglied des Reichsrats, oder Landrat a. D. von der Osten; Reichswehrminister: General von Schleicher; Reichswirtschaftsminister: Professor Warmbold (der erst vor kurzem zurückgetretene Reichswirtschaftsminister im zweiten Kabinett Brüning); Reichsnährungsminister: Freiherr von Lüdingh (Präsident der rheinischen Landwirtschaftskammer). Das Portefeuille des Postministeriums soll der bisherige Reichsminister Schäfl übernehmen, zum Justizminister soll wiederum der bisherige Reichsminister Joel ernannt werden. Das Portefeuille des Arbeitsministeriums im Kabinett von Papen wird aller Wahrscheinlichkeit dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler übertragen werden. Zum Reichsfinanzminister ist Geheimrat Schmitz (von J. G. Farben) oder der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Graf Schwerin von Krosigk anzusehen.

Deutsche Pressestimmen.

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ macht die Feststellung, daß die Nationalsozialisten erst nach den Neuwahlen in die Regierung eintreten werden. Das neue Kabinett könne auf eine Dulding der Nationalsozialistischen Partei rechnen. Das Zentrum werde es nicht wagen, in offener Opposition hervorzutreten.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ drückt ihre Überzeugung aus, daß das neue Kabinett im Parlament eine starke Mehrheit erringen werde. Man müsse daher mit einer Auflösung des Reichstages und mit der Ausschreibung von Neuwahlen rechnen. In der Übergangszeit werde das Kabinett von den Nationalsozialisten und vom Zentrum gebildet werden. Die Dulding der Nationalsozialisten scheint sicher zu sein, da sie mit der Auf-

hebung des Verbotes der Sturmabteilungen zu gewinnen sein werden.

Das „Berliner Tageblatt“ nennt das Kabinett von Papen eine „Regierung der Freiherren“. Die Ernennung von Papen zum Reichskanzler und seines gleichgesinnten Parteigenossen Freiherrn von Lüdingh zum Reichsnährungsminister verfolge den Zweck, das Zentrum für die neue Regierung zu gewinnen.

Der „Vorwärts“ schreibt u. a.: Die Regierung der nationalen Konzentration ist eine Regierung der Inflation. Gefahr droht allen Richtungen der Reichspolitik, und zwar der Auslandspolitik der Wirtschaft, der Währung und den sozialen Versicherungen. Die Regierung von Papen ist die erste Etappe zur absoluten Diktatur des Faschismus.

Die deutsch-nationalen „Deutsche Zeitung“ greift die Kandidatur von Papens scharf an und wirft ihm eine frankophile Politik vor. Herr von Papen habe als Mitglied der deutsch-französischen Studienkommission alle Verhandlungen im Sinne einer deutsch-französischen Annäherung geführt.

Berlin, 31. Mai. (PAT) In politischen Kreisen erwacht die Einstellung der Zentrumspartei dem Kabinett von Papen gegenüber höchste Bewunderung. Das Organ des Herrn von Papen und der Zentrumspartei, die „Germania“, polemisiert noch in ihrer Mittwoch-Ausgabe mit der Voraussetzung, daß der Chef der kommenden Regierung ein Vertreter des Zentrums sein müsse. Mit Verwunderung müsse man sich die Frage vorlegen, zu welchem Zwecke die Kabinettskrise eigentlich hervorgerufen worden sei, wenn an Stelle Dr. Brünings ein anderer Vertreter des Zentrums treten soll. In jedem Falle könne niemals die Rede davon sein, daß der Chef oder irgendein Mitglied der kommenden Regierung sich darauf berufen dürfe, daß er ein Vertrauensmann der Zentrumspartei sei.

Charakteristisch ist zugleich die Tatsache, daß die „Germania“ in der gleichen Ausgabe die Meldung über den Empfang von Papens bei Hindenburg verbreitet. Die negative Einstellung des Zentrums zu der Kandidatur von Papen war in politischen Kreisen bereits früher bekannt. Bei der augenblicklichen Lage der Dinge nimmt man an, daß Herr von Papen nach der Regierungsbildung zunächst aus der Zentrumspartei ausscheiden werde, wie dies seinerzeit Dr. Goerdeler tat, der aus der Deutschnationalen Partei ausschied, als ihm vom Reichspräsidenten der Posten des Preiskommissars übertragen wurde. Eine endgültige Stellungnahme wird das Zentrum erst nach der Sitzung seines Vorstandes, die morgen stattfindet, einnehmen.

München, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Völkische Beobachter“ schreibt zur Beträufnung von Papen, es sei selbstverständlich, daß dieses Kabinett nur als Übergangslösung zu betrachten sei. Die Hauptaufgabe der neuen Regierung werde sein, den Reichstag aufzulösen, um durch Neumaßnahmen klare Rechtsverhältnisse zu schaffen. Die Berechtigung dieser nationalsozialistischen Forderung werde zweifellos auch von den jetzt an der Regierungsbildung beteiligten Kreisen eingefehen, ebenso die schnellste Aufhebung des SA-Verbots.

Alfred Rosenberg spricht in einem Leitartikel die Hoffnung aus, daß der Reichspräsident nun mehr entschlossen mit der erwachenden deutschen Nation gehe und mit Adolf Hitler jenes Bündnis schließe, das zur Rettung des deutschen Volkes notwendig sei.

Hitler und Hindenburg.

Berlin, 31. Mai. (PAT) Über die gestrige Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten von Hindenburg und Hitler veröffentlicht das Pressebüro des Verbandes deutscher Zeitungsverleger folgende Meldung, die aus nationalsozialistischen Kreisen herriß:

Die Unterredung Hitlers mit dem Reichspräsidenten nahm einen befriedigenden Verlauf. Ihren Eindruck führen die Vertreter der Nationalsozialisten auf die Tatsache zurück, daß der Reichspräsident sich bereit erklärt habe, dem neuen Kabinett Vollmachten zur Reichstagsauflösung zu erteilen. Hitler erklärte, daß die Nationalsozialisten sich zu einer Regierung mit Kompromißcharakter nicht bereit erklären könnten. Die nationalsozialistische Partei ist nicht nur bereit, die Regierungsbildung zu übernehmen, sondern sie will ebenso die volle Verantwortung tragen, jedoch unter der Bedingung, daß Neuwahlen zum Reichstage ausgeschrieben werden.

Was die Kandidatur von Papen für den Posten des Reichskanzlers anbelangt, so soll Hitler in unzweideutiger Art zu verstehen gegeben haben, daß er nicht auf eine Dulding von Seiten der Nationalsozialisten rechnen könne. In Kreisen der Nationalsozialisten denkt man sich die Entwicklung der Dinge so, daß zunächst eine Regierung unter nationalsozialistischer Leitung und unter der Mitarbeit der

Deutschnationalen und eventuell der Deutschen Volkspartei gebildet werden müsse. Diese Regierung würde dem Reichstag eine Erklärung vorlegen und seine Auflösung herbeiführen. Die Einberufung des Reichstages zu diesem Zweck müßte zu einem Zeitpunkt erfolgen, um die Neuwahlen nach der Ernte, d. h. Mitte September, durchzuführen.

Die Klippe der Ostfiedlung, an der das Kabinett Brüning scheiterte.

Der nachstehende Aufsatz des deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Dr. med. Schiele-Naumburg ist in der deutsch-nationalen „Ostpreußischen Zeitung“ in Königsberg i. Pr. erschienen, unmittelbar neben der Meldung vom Rücktritt des Reichskabinetts Brüning. Der Verfasser, der nicht mit seinem Vetter, dem aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschiedenen bisherigen Reichsnährungsminister Dr. Martin Schiele verwechselt werden darf, beleuchtet in diesem Aufsatz die Kritik der führenden Agrar-Östpreßens an den geplanten Notverordnungen über die Ostfiedlung. Allem Antheim nach war Brüning mit seinem Kabinett bereit, seine Notverordnung entsprechend den Wünschen des Reichspräsidenten zu ändern; aber er konnte sich nicht entschließen, wegen dieses verbelebungsfähigen Entwurfs seinen langjährigen Berater, den Reichsarbeitsminister Siegerwald, bei der Umbildung des Kabinetts fallen zu lassen. So orientiert der vorliegende Aufsatz eines deutsch-nationalen Parteiführers über einen der wesentlichen Gründe, die zum Rücktritt des Kabinetts Brüning führten, und deshalb drücken wir ihn nach, ohne selbst zu Vorschlag und Kritik Stellung zu nehmen.

Diese Schriftleitung. Auf dem Gebiete der Agrarpolitik des Ostens steht eine neue Notverordnung bevor, eine Verordnung des Reichspräsidenten über die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung. Danach haben der Reichsarbeitsminister und der Reichskommissär für die Osthilfe und die von ihnen beauftragten nachgeordneten Stellen das Recht zur Schaffung von Reichsland für die Siedlungspläne des Reichsarbeitsministeriums auf dem Wege der Enteignung. Sie erhalten das Recht, die nicht mehr sanierungsfähigen Besitzungen im Gebiet der Osthilfe zur Zwangsversteigerung zu bringen, — das Verfahren zu beschleunigen, — den Preis zu bestimmen. Der Preis soll „angemessen“ sein, damit er einer späteren landwirtschaftlichen Siedlung angepaßt sei: — er soll, wie man sagt, nicht höher sein, als der Hälfte des gegenwärtigen Marktpreises entspricht. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 konnte ein Privatgläubiger gegen die Zwangsversteigerung des Objektes Einspruch erheben, wenn der Preis unter $\frac{1}{10}$ des Wertes gekommen wäre. Dieses Recht wird den Privatgläubigern genommen.

Diese Verordnung bringt eine brutale Vernichtung aller nachgeordneten Gläubigerrechte. Der stärkste Gläubiger, der Staat, enteignet durch seine Übermacht alle neben ihm bestehenden privaten Eigentumsrechte.

Dadurch erhält in den betroffenen Provinzen die privatwirtschaftliche Eigentumsordnung ihren Todestod. Der Realcredit wird vernichtet. Wer heute noch als sanierungsfähig gilt, kann oder wird in einem Jahr an demselben Grund stehen und der Enteignung durch den Staat ausgesetzt sein, — und alle seine Gläubiger mit. Das ist ein ins Deutsche, ins Bureaucratische übersehster Staatsbolchevismus. Es kann keine Rede davon sein, daß hier nur schlechte, leichtsinnige Wölfe bestellt werden, damit das Land an bessere Wölfe läuft, — sondern es handelt sich um ein allgemeines Nationalunglück, das die Folge der fehlerhaften Reichs- und Staatspolitik der letzten sieben Jahre ist.

Überall in Osteuropa ist eine sogenannte Agrarreform mit enteignenden Methoden durchgeführt, welche den Großbetrieb zum Verschwinden gebracht hat und ein hilfloses Agrarproletariat geschaffen hat. Die Folgen für die allgemeine Landeskultur sind trostlos.

Es wäre furchtbar, wenn der deutsche Osten dieselbe Veränderung durchmachen sollte. Es würde dadurch auch eine große Gefahr für die Ernährung der Industriebevölkerung entstehen. Der jetzige Überschuß an Agrarprodukten auf dem Weltmarkt wird verschwinden, die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung auf dem Weltmarkt wird desgleichen zusammenschrumpfen. Wir gehen einer Zeit entgegen, wo der Schrei nach Brot und Milch in der Stadtbevölkerung sich erheben wird. Wir wissen aus der Erfahrung des Krieges, daß nur intensive Großbetriebe die Ernährung der Stadtbevölkerung sichern. Sozialistische Methoden in der Landwirtschaft, — Erschütterung der Sicherheit des Eigentums, — werden sehr schnell in Deutschland ähnliche Ereignisse des Mangels hervorrufen, wie in Russland. Die Zurückführung der Landeskultur auf einen Tiefland, wie etwa vor 100 Jahren, wird das Leben des deutschen Volkes von innen heraus schwer bedrohen, während doch alle natürlichen und menschlichen Bedingungen vorhanden sind, um durch eine erhöhte Landeskultur die Existenz des deutschen Volkes absolut sicherzustellen, — aber nur in den Formen der privaten verantwortlichen Individualirtschaft. Sozialistische Regierungsweise ist immer der Tod der Produktion und der Arbeit überhaupt gewesen.

Wenn wir uns warnend gegen die phantastischen Siedlungspläne des Arbeitsministers wenden, so tun wir das nicht, weil wir an sich gegen Siedlung wären. Im Gegenteil, wir sehen darin die Kulturaufgabe der nächsten beiden Generationen. Aber wir tun es nicht, weil wir nur die Großbetriebe in ihrem jetzigen Umfang aufrechterhalten wollen, sondern wir erachten die Vermehrung gesunder Bauernsiedlung als eine Staatsaufgabe ersten Ranges. Der von Hugenberg und Genossen im Januar 1931 veröffentlichte Gesetzentwurf zur Entschuldung der Landwirtschaft beweist das. Hier ist ebenfalls ein großer Reichsländereien zwecks Siedlung vorgesehen, der aber nicht in Staatsbewirtschaftung genommen werden soll. Die Entschuldung der Landwirtschaft, die Verkleinerung des ungehobenen Schuldgebäudes mit den irrsinnigen Zinsen soll nach diesem unseren Entwurf in großem Stile durch Landabgabe seitens der verschuldeten Betriebe vor sich gehen. Dieser Entwurf ist eine genau ausgearbeitete Gesetzesvorlage hergestellt und unterzeichnet von einem Manne wie Hugenberg, der eine 30jährige Fach-Erfahrung auf diesem Gebiete hinter sich hat.

Der erste große prinzipielle Unterschied zwischen diesem Entwurf und den Plänen des Reichsministeriums besteht darin:

Nicht Berstörung, sondern Erhaltung der vorhandenen Betriebe und Existenz. Nicht Zwangsversteigerung, sondern Entschuldung durch Landabgabe, also durch Besitzverkleinerung. Siedlung durch Jahrzehnte, nicht als eine überstürzte, kampfbare Unternehmung, sondern in dem Maße, als Mensch, Kapital und Rentabilität gegeben sind. Unter 100 jungen Städtern ist höchstens einer imstande, zu siedeln, und zwar erst, nachdem er auf mindestens 3 Jahre die Schule als Landarbeiter durchgemacht hat.

Der zweite große prinzipielle Unterschied liegt in der Voraussetzung:

Wiederherstellung der Rentabilität. Moratorium ist ja nur ein Aufschub, nur ein Zeitgewinn, damit die eigentlich rettende Tat geschehen kann. Ohne Rentabilität der Landwirtschaft wird aus den Siedlungsplänen des Arbeitsministeriums nur eine Bolschewisierung des deutschen Ostens, die Vorbereitung eines Zustandes, den wir bisher in Deutschland noch nicht erlebt haben, die Vorbereitung einer Agrarrevolution.

Diese neue Notverordnung beweist, daß die Reichsregierung gegenüber der machenden Arbeitslosigkeit ratlos geworden ist. Der Zustand der Arbeitslosigkeit steht allerdings im Mittelpunkt der ganzen großen Staatspolitik. Aber niemals kann sie durch halbsozialistische Siedlungsmethoden, durch staatliche Arbeitsbeschaffungspläne, durch Arbeitsdienstpflicht oder freiwilligen Arbeitsdienst gehoben werden. Die Schaffung und Sicherung des Lebensraumes der deutschen Jugend wird durch planwirtschaftliche, staatssozialistische Regierungsmethoden nicht erreicht, sondern nur durch die Befreiung aller leiblichen und sittlichen Produktionskräfte der Nation zur Selbsthilfe. Hierzu gehört allerdings ein staatspolitischer Plan, der auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zugleich einzuführen hat und aus einheitlichem Gebiet geschaffen sein muß.

Jedenfalls befindet sich das Arbeitsministerium in einem gefährlichen Irrtum, wenn es glaubt, in Aussiedlung des größeren Besitzes eine Kur gegen Erwerbslosigkeit gefunden zu haben.

Vom 18. zum 19. Reichskabinett.

Bisher 10 Reichskanzler nach der Revolution.

Mit der Gesamtdemission des zweiten Kabinetts Brüning ist der Weg für die 19. deutsche Reichsregierung seit dem Umsturz im Jahre 1918 freigeworden. Unter den achtzehn Regierungen finden sich nicht ebensoviel verschiedene Reichskanzler, da viele Führer der Regierung mehrfach den Posten innegehabt haben. Den Rekord stellte Marx auf, der dreimal Reichskanzler gewesen ist, je zweimal sind Bauer, Wirth, Stresemann, Luther und Müller Reichskanzler gewesen; auch der jetzt zurückgetretene Reichskanzler Dr. Brüning hat zweimal die Regierung geführt. Demnach gab es seit dem 15. Februar 1919, also seit 13½ Jahren im ganzen nur zehn deutsche Reichskanzler, die wechselnd mit verschiedenen Regierungsmehrheiten die Regierung geführt haben. Auf den ersten Blick scheint diese Zahl verhältnismäßig groß; aber sie ist für parlamentarisch regierte Staaten nichts Ungewöhnliches. So hat Frankreich in derselben Zeit noch mehr Regierungen gehabt als Deutschland.

Die Liste der deutschen Reichsregierungen seit dem Jahre 1919 hat folgendes Gesicht:

1. Scheidemann	15. 2. 1919 — 20. 6. 1919
2. Bauer I	20. 6. 1919 — 3. 10. 1919
3. Bauer II	3. 10. 1919 — 26. 3. 1920
4. Müller I	26. 3. 1920 — 20. 6. 1920
5. Fehrenbach	20. 6. 1920 — 4. 5. 1921
6. Wirth I	9. 5. 1921 — 22. 10. 1921
7. Wirth II	26. 10. 1921 — 18. 11. 1922
8. Cuno	22. 11. 1922 — 12. 8. 1923
9. u. 10. Stresemann I u. II	8. 1923 — 23. 11. 1923
11. Marx I	1. 12. 1923 — 15. 1. 1925
12. Luther I	15. 1. 1925 — 5. 12. 1925
13. Luther II	20. 1. 1926 — 12. 5. 1926
14. Marx II	17. 5. 1926 — 17. 12. 1926
15. Marx III	29. 1. 1927 — 12. 6. 1928
16. Müller II	28. 6. 1928 — 27. 3. 1930
17. Brüning I	30. 3. 1930 — 7. 10. 1931
18. Brüning II	7. 10. 1931 — 30. 5. 1932

Fünfmal waren Sozialdemokraten Reichskanzler, und zwar Scheidemann, Bauer und Müller, neunmal Zentrumsmitglieder, und zwar Fehrenbach, Wirth, Marx und Brüning, und fünfmal Persönlichkeiten, die entweder der Deutschen Volkspartei direkt angehörten oder doch ihr sehr nahestanden, nämlich Stresemann, Cuno und Luther.

Unter diesen Regierungen hat es ausgesprochene Linkeregierungen gegeben, Regierungen der großen Koalition, von der SPD bis zur Volkspartei, Minderheitsregierungen, die sich abwechselnd auf eine Unterstützung von rechts oder links stützen, und Regierungen, die von der Rechten unterstützt worden sind. Den Rekord, am häufigsten Minister gewesen zu sein, hat der ehemalige Reichswehrminister Geßler aufgestellt, der diesen Posten hintereinander während 11 Regierungen innegehabt hat und dabei vierzehnmal eine Ernennung zum Reichsminister erhalten hat.

Kein Landesverrat der Nationalsozialisten.

Der nationalsozialistische Zeitungsdienst meldet:

"Für das Verbot der SA und SS der Nationalsozialistischen Partei sollte bekanntlich das auf Veranlassung des Innenministers Seering in Preußen durch polizeiliche Beschlagnahmen herbeigeschaffte Urkundenmaterial eine große Rolle spielen, weil man glaubte, hieraus den Vorwurf des Landesverrats gegen diese Organisationen herleiten zu können. In der letzten Reichstagsitzung hielt es der damalige Reichswehrminister Groener sogar für angebracht, aus diesem Material einen den angeblichen Landesverrat daran fallenden Geheimbefehl vor Abschluß eines Untersuchungsverfahrens mitzuteilen, um das Verbot der SA und SS schließlich hiermit zu rechtfertigen.

Rechtsanwalt Dr. Eugebrune, der mit der Wahrnehmung der Rechte der aufgelösten Organisationen der NSDAP beauftragt ist, hatte mit dem ehemaligen Leiter der SA, Oberleutnant Höhm, und den Führern Hitler und Krüger der Reichsanwaltschaft, an die die beschlagnahmten Schriftstücke zur Prüfung des Vorwurfs des Landesverrats abgegeben waren, erklärt, daß allen Stellen der Partei, in erster Linie dem Führer Adolf Hitler selbst, alles daran gelegen sei, so schnell und so eingehend wie möglich darzutun, daß der ungehobene Vorwurf des Landesverrats lediglich der Phantasie politischer Gegner entstamme und hatte bereitwilligste Mithilfe zur objektiven Aufklärung des Sachverhalts zur Verfügung gestellt.

Nach genauer Prüfung aller behaupteten Belastungen durch die Reichsanwaltschaft hat sich, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, die völlige Erfülltheit des erhobenen Vorwurfs ergeben. Der Oberreichsanwalt hat erklärt, daß der Verdacht des Landesverrats gegen irgendeine Stelle der Nationalsozialistischen Partei nicht stichhaltig sei und sich aus keinem der vorgelegten Schriftstücke herleiten lasse. Das Verfahren wegen Landesverrats ist deshalb schon jetzt eingestellt und hieron die politische Polizei in Preußen in Kenntnis gesetzt."

Hitler über Deutschland und England.

Unter der Überschrift „Hitler wünscht Freundschaft mit uns zu schließen“, veröffentlicht der „Daily Sketch“, die älteste illustrierte Zeitung Englands, zu dem Berry-Konzern gehörend, dessen führendes Blatt der „Daily Telegraph“ ist, eine Unterredung mit Hitler. Hitler erklärte u. a., was den früheren deutschen Kaiser und seine Familie betreffe, so hegten die Nationalsozialisten keine feindselige Gesinnung gegen sie. Aber die königliche Familie habe keine Bedeutung weiter, außer daß ihre Rehabilitierung eine moralische Frage sei. Hitler führte weiter aus, er arbeite seit 18 Jahren auf eine wirkliche Verständigung zwischen Deutschland und England hin. Während die Bemühungen um eine freundliche Versöhnung mit Frankreich zuweilen hoffnungslos erschienen, sei die Lage bezüglich Deutschlands und Englands ganz anders. Deutschland habe in der Vergangenheit Fehler begangen, besonders 1911 und 1898. Die Politik der gepanzerten Faust sei damals etwas übertrieben worden. Hitler fuhr fort, solange es keine Abrüstung auf gesunder Grundlage gebe, sei er dafür, daß England eine zurVerteidigung ausreichende Flotte und daß Deutschland zu gleichem Zwecke eine starke Armee habe. Solange der jetzige ungeheure Unterschied in der Heeresstärke zwischen den einzelnen Völkern bestünde, könne nicht ernstlich von Abrüstung gesprochen werden. Zum Schluß sagte Hitler mit Nachdruck: „Was Deutschland heute braucht, ist ein Cromwell.“

Wir Deutsche sind keine Spione!

Das Oberste Gericht hat die Urteile gegen Neumann-Ostrowo für ungültig erklärt!

Wir können unseren Lesern die erfreuliche Mitteilung machen, daß wieder ein Spionage-Prozeß gegen Deutsche, im Dienste ihres Volksstums tätige Männer, vor dem höchsten Gericht in Warschau angesehen der Angeklagten entschieden wurde. Es handelt sich um den Wanderlehrer Herrn Erwin Wolski - Ostrowo und den früheren Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung in Ostrowo, Herrn Emil Neumann. Beide wurden wegen Spionageverdachts 1928 in der Zeit der Sejm-Wahlen verhaftet und 6 Monate lang in Untersuchungshaft gehalten. In der 1. Instanz wurden beide Herren zu 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt, und dieses Urteil wurde von dem Appellationsgericht in Posen für Wolski bestätigt, bei Neumann dagegen die Strafe auf 1 Monat Gefängnis herabgesetzt. Das höchste Gericht in Warschau hat nunmehr in Beantwortung der Klage des Herrn Neumann in seinem Rechtspruch vom 18. März 1932 das Gerichtsverfahren und die Urteile des Bezirksgerichts in Ostrowo und des Appellationsgerichts in Posen für ungültig erklärt und die Alten in dieser Frage an das Appellationsgericht zurückverwiesen, um die Angelegenheit auf den richtigen Weg zu leiten.

In der Begründung des Urteils des Obersten Verwaltungsgerichts heißt es u. a.: „Die Verordnung des Präsidenten der Republik vom 20. Juli 1920 wurde durch die Verordnung vom 28. Dezember 1927 aufgehoben; die letztere trat am 30. 8. 1928 in Kraft, so daß sie bei der Urteilsfindung dieser Angelegenheit bereits in Geltung war. Nach dieser späteren Verordnung gehört die dem Angeklagten vorgeworfene Tat, nämlich der Aufenthalt in der Grenzzone ohne Genehmigung der Verwaltungsbehörde, gemäß den Vorschriften des Punktes 2 des Art. 19 und des Art. 20 der erwähnten Verordnung zur Zuständigkeit der allgemeinen Kreisverwaltungsbehörden, und erst im Falle der Verurteilung gegen deren Entscheidung kann diese Angelegenheit auf den Rechtsweg gelangen. Im vorliegenden Falle ging dem Gerichtsurteil ein administratives Verfahren nicht voraus, deshalb mußten im Sinne des Art. 18 der Strafprozeß-Ordnung das gerichtliche Vorgehen und die in dieser Sache gefällten Urteile für ungültig erklärt werden.“

Das Oberste Gericht, das nur die formale Seite der Angelegenheit zu berücksichtigen hatte, hat damit praktisch die Herren Wolski und Neumann von dem gegen sie erhobenen Spionageverdacht freigesetzt. Wenn wir Deutsche auch niemals an die Schuld dieser beiden Volksgenossen glaubten, so haben wir angesichts des gerechten Urteils-

spruchs des höchsten Gerichts in Warschau doch ein Gefühl der Genugtuung.

Hoffentlich nimmt auch die polnische Presse jetzt ebenso gebührend Kenntnis von dem Ausgang dieses Prozesses, als sie seinerzeit von der ersten Verurteilung berichtete.

Lausanne.

Erweiterung des Konferenz-Themas.

London, 30. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Daily Mail“ hat Macdonald erklärt, daß die Lausanner Konferenz auch die Erörterung der Lage des internationalen Handels in Angriff nehmen müsse, genau so wie die Behandlung der Reparationen und der Kriegsschulden.

Dem „Daily Herald“ zufolge finden zurzeit inoffizielle Verhandlungen zwischen der Englischen, der Amerikanischen und der Französischen Regierung über die Einberufung einer internationalen Währungs- und Kreditkonferenz statt. Entweder werde sich die Lausanner Konferenz zu einer Weltwährungs-Konferenz entwickeln, oder es werde eine besondere Konferenz nach Genf, Paris oder London für Ende Juni einberufen werden. Alles hängt jetzt vom Ausgang der eingangs erwähnten Verhandlungen ab.

Die „Daily Mail“ weist zu berichten, daß die Frage der Erweiterung des Rahmens der Lausanner Konferenz einer der hauptsächlichsten Punkte in der transatlantischen Telephonunterhaltung Macdonalds mit Stimson gewesen sei. Man glaube, daß auch der amerikanische Botschafter in London Mellon eine Unterredung mit der Englischen Regierung über eine Wirtschafts- und Währungskonferenz gehabt habe.

Die Grundbedingung.

London, 30. Mai. (Eigene Meldung.) Der bekannte schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel hielt in Oxford einen Vortrag über das Thema der internationalen Währungskrise. Professor Cassel hob hervor, daß die Aufrechterhaltung des Goldstandards unmöglich sein werde, solange das Problem der Kriegsschulden unberührt bleibt. Die erste Voraussetzung der Rückkehr zum Goldstandard im Bereich der internationalen Beziehungen sei die radikale Tilgung aller Kriegsschulden. Eine Zahlungsstundung für mehrere Jahre bringe nicht den geringsten Vorteil. Selbst die Furcht einer Rückkehr der gegenwärtigen Krise wäre ein Hindernis auf dem Wege der Befriedung. Professor Cassel unterstrich zum Schlus, es sei zu erwarten, daß jeder Versuch, die Kriegsschuldenzahlungen zu erneuern, eine neue schwere Krise hervorrufen würde. Die Annulierung aller Kriegsschulden sei daher erste Forderung.

Daubmanns Empfang.

Wie wir bereits gestern an leitender Stelle berichtet haben, ist am Sonntag der Kriegsgefangene Oscar Daubmann nach 18jähriger Gefangenschaft in Afrika in seinen Heimatort Endingen heimgekehrt. Der Empfang des Heimkehrers, der bereits fotografiert war und dessen Name an dem Endinger Ehrenmal für die Toten des Weltkrieges stand, gestaltete sich zu einem Fest für die kleine Stadt. Alle Bürger prangten im Fahnenwind, Triumphbögen wurden errichtet, um Daubmann in seiner Vaterstadt willkommen zu heißen.

Zur Begrüßung hatten sich auf dem Freiburger Bahnhof mehrere tausend Menschen eingefunden, darunter viele Endinger Einwohner. Bei der Einfahrt des Zuges wurde der Heimkehrende mit freudigen Burgen empfangen. Als der Bürgermeister seiner Heimatstadt ihn beim Verlassen des Zuges begrüßte wollte, brach Daubmann, dessen Körper durch die übermenschlichen Anstrengungen der Flucht und durch die fiesliche Erfüllung stark geschwächt ist, ohnmächtig zusammen. Er wurde ins Bahnhofsgebäude getragen, wo er sich langsam erholte. Erfüllt war das Wiedersehen mit seinen Eltern und Verwandten. Seinem Wunsch entsprechend wurde von einer weiteren Begrüßung abgesehen und im Kraftwagen sofort die Heimfahrt angetreten.

Schon auf dem Bahnhof in Basel hatten ihn Abgeordnete vom Badischen Kriegerbund abgeholt, denen er auf alle Fragen nur immer wieder die eine Antwort gab: „Ich will heim zu meinen Eltern“. Als der Zug dann im Freiburger Bahnhof einfuhr, wo sich eine große Menschenmenge zum Empfang eingefunden hatte, sank Daubmann unter Schluchzen halb ohnmächtig einem der Nächste stehenden in die Arme.

Dann folgte die Weiterfahrt nach Endingen, wo Daubmanns alte Eltern, die dort in großer Armut leben, ihren einzigen Sohn in Empfang nahmen. Daubmann lehnte es, ebenso wie seine Eltern, die von dem Wiedersehen aufs Tiefste erschüttert waren, ab, nähere Auskunft über die Erlebnisse in den vergangenen 18 Jahren zu geben. Er erzählte nur kurz, daß er in Frankreich 1916 schwer verwundet in französische Gefangenschaft geraten sei. Nachdem seine Verletzungen ausgeheilt waren, suchte er aus dem Gefangenensein auszubrechen, wobei er in ein Handgemenge mit einem Wachtposten geriet, diesen aber nicht getötet habe. Ein Kriegsgericht verurteilte ihn deshalb zu 20 Jahren Buchenwald, die er in Afrika abdienen mußte.

Am schwersten bedrückte ihn während der Haft die furchtbare Isolierung, die Unmöglichkeit, mit einem Menschen zu sprechen und seinen Eltern ein Lebenszeichen zu geben. Daubmann war vier Jahre lang in einer Zelle gefesselt eingesperrt. Später erhielt er für mustergültiges Verhalten die Vergünstigung, ohne dessen an einem Straßenbau beschäftigt zu werden. Damit bot sich ihm Gelegenheit zu einem zweiten Fluchtversuch. Er ritt ein Pferd zuschanden und schlug sich zur Küste durch, wo ihn ein Dampfer mit nach Italien nahm. Als er dort ankam, besaß er nichts als eine Schachtel Schweizer Stumpen und eine Mundharmonika. Nur sein unerschöpferliches Gottvertrauen, so schloß er seinen kurzen Bericht, habe es ihm ermöglicht, alle Mühsale und Strapazen zu ertragen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weißel vom 31. Mai 1932.

Arlau — 2,76, Jawichow + 1,25, Marischau + 1,29, Bloct + 1,02, Thorn + 1,16, Rondon + 1,17, Culm + —, Graudenz + 1,17, Kurzebrat + 1,37, Bietel + 0,55, Drischau + 0,56, Einlage + 2,24, Schiewenhorst + 2,42.

Lebensweisheit.

Das Leben ist ein Darlehn, keine Gabe —
Du weißt nicht, wieviel Schritt du gehst zum Grabe,
Dann nütze klug die Zeit; auf jedem Schritt
Nimm das Bewußtsein deiner Pflichten mit.
Gewöhne dich — da stets der Tod dir droht —
Dankbar zu nehmen, was das Leben deut;
Die Wünsche nicht nach Außen zu gestalten,
Sondern den Kern im Innern zu entfalten;
Nicht fremder Meinung untertan zu sein,
Die Dinge nicht zu schätzen nach dem Schein;
Nicht zu verlangen, daß sie sollen gehn
Wie wir es wünschen — sondern sie verstehn,
Dass wir uns bei Erfüllung unserer Pflichten
(Da sie's nach uns nicht tun) nach ihnen richten.

Friedrich von Bodenstedt.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angesichert.

Bromberg, 1. Juni.

Teils heiter, teils wolzig.

Die deutschen Wetterstationen fänden für unser Gebiet langsam zunehmende Erwärmung bei teils heiterem, teils wolzigem Himmel an.

Wieviele Beamte gibt es in Polen?

Die meisten Beamten beschäftigt das Verkehrsministerium. Eisenbahner gibt es insgesamt 165 198. Ihre Unterhaltungskosten betragen 516 775 000 Złoty. Das Kultusministerium beschäftigt 79 822 Lehrer, Professoren und Beamte sowie 3455 untere Funktionäre, zusammen 83 337 Personen, deren Besoldung 332 364 748 Złoty beträgt. Im Inneministerium arbeiten 65 282 Personen, davon 29 884 Polizeibeamte und 27 522 Militärpersonen vom Grenzwehrkorps. Die Unterhaltungskosten belaufen sich hier auf 152 650 289 Złoty. Die Post hat insgesamt 23 893 Angestellte, für die sie 112 521 142 Złoty verfügt. Im Finanzministerium arbeiten 13 894 Beamte und 7052 untere Funktionäre, zusammen 21 546 Personen. Sie kosten 77 786 238 Złoty. Die Rechtsprechung wird ausgebüttelt von 3602 Richtern und Staatsanwälten, 1008 Appellanten, 9132 Gerichtsbeamten und 6266 unteren Gerichts- und Gefängnisfunktionären. Die Personalausgaben betragen 75 377 600 Złoty. Das sind die größten Positionen. Außerdem arbeiten im Ministerium für öffentliche Arbeiten, das bekanntlich aufgehoben werden soll, 2200 Personen mit einem Kostenaufwand von über 10 Millionen Złoty.

Im Landwirtschaftsministerium beziehen 1997 Personen Gehälter von insgesamt über 8 Millionen Złoty. Das Agrarreformministerium, das zum Landwirtschaftsministerium geschlagen wird, verfügt über 1628 Personen mit einem Gehalt von etwa 7 Millionen Złoty. Im diplomatischen und Auslandsdienst hat Polen 1576 Personen, die insgesamt 22 315 757 Złoty beziehen. Im Arbeitss- und Wohlfahrtsministerium sind 1623 Personen beschäftigt, für die 5 601 000 Złoty Gehalt zu zahlen sind, und im Industrie- und Handelsministerium 1589 Personen, die 8 Millionen Złoty beziehen.

Die Staatskontrolle beschäftigt 633 Personen, deren Gehälter 4 Millionen Złoty betragen. Im Ministerratspräsidium arbeiten 198 Personen mit einem Gehalt von 1 553 750 Złoty. Sejm und Senat haben insgesamt 59 Beamte und 129 untere Funktionäre aufzuweisen, deren Unterhalt etwa 600 000 Złoty kostet. Hier sind die 444 Abgeordneten und 111 Senatoren nicht eingerechnet, deren Diäten 6 670 425 Złoty betragen. Um die Person des Staatspräsidenten über 48 Beamte, 228 untere Funktionäre, 16 Offiziere und 73 Unteroffiziere vom Leibkorps, zusammen 806 Personen, ihren Dienst aus, deren Unterhaltskosten sich auf 1 754 075 Złoty belaufen.

In nichtkommunalisierten Unternehmen arbeiten außer der Post und der Eisenbahn 6000 Beamte und ebensoviel untere Funktionäre, zusammen rund 12 000 Personen, wovon allein auf die Staatsforsten 10 582 Personen entfallen. Die Personalausgaben in diesen Unternehmen betragen 81 Millionen Złoty, wovon mehr als 26 Millionen auf die Forsten kommen. In den Staatsmonopolen arbeiten 1973 ständige Beamte und 331 untere Funktionäre. Sie beziehen ein Gehalt von 18 969 427 Złoty.

Insgesamt betrugen alle angeführten Positionen 482 074 Personen, denen der Staatsfiskus 1 670 614 292 Złoty auszahlt.

Herabsetzung der Verzugsstrafen bei städtischen Steuern.

Die Steuer-Abteilung des Magistrats gibt bekannt, daß die Strafen für rückständige Steuern auf 1/4 Prozent monatlich herabgesetzt werden, und zwar bei allen Einzahlungen, die für die Stadt Bromberg in der Zeit vom 1. Juni bis 30. September 1932 einschließlich entrichtet werden, falls diese Einzahlung die vom Magistrat festgesetzten Steuern und Kommunalabgaben betrifft, die vor dem 1. April 1932 fällig waren. Eine Ausnahme bilden die Billett- und Vergnügungssteuer sowie Rückstände aus den Jahren 1932 bis 1933. Diese Vergünstigung betrifft 1. die Hundesteuer, 2. die Wohnungslizenz-Steuer, 3. die Steuer von Luxusgegenständen, 4. die Hotel-Steuer, 5. die Erbschafts- und Geschenk-Steuer, 6. die Abgaben von Verträgen über Übereignung von Grundstücken, 7. die Begegnungs- und Strafengebühren, 8. den Kommunalzuschlag zur staatlichen Einkommensteuer, 9. den Kommunalzuschlag zur staatlichen Immobiliensteuer und 10. den Kommunalzuschlag zur staatlichen Grundsteuer. Nach Ablauf des oben be-

nannten Termins, d. h. vom 1. Oktober 1932 wird der Magistrat für die oben erwähnten Steuern wieder die volle Verzugsstrafe in Höhe von 1 1/2 Prozent monatlich erheben.

Der Stadtpräsident macht auf das Gesetz aufmerksam, das die Ausbreitung der Bißam- oder Moschus-Ratte betrifft (Dz. Ust. Nr. 33, Pos. 342 vom 20. April d. J.). Personen, die eine Biß am Ratten unterhalten und diese bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes angelegt haben, müssen solche Biß im Laufe von drei Monaten der Verwaltungsbehörde erster Instanz gemeldet haben. (In Bromberg dem Amt für öffentliche Ordnung, Burgstraße Nr. 26.)

Der Jagdkalender für Juni. Auf Grund der verpflichtenden Jagdvorschriften müssen folgende Tiere und Vögel im Juni geschont werden: Elche, Hirsche, Damhirsche, Habichte, Schneehühner, Rebhühner, Hasen, Bären, Luchse, Dachse, Eichhörnchen, Auerhähne, Birkhähne (in der Wojewodschaft Wilna, Nowogródek, Polesien und Podhynien), Fasanen, Wachteln, Schnepfen, wilde Enten und andere Sumpf- und Wasservögel, Trappen, wilde Tauben, Drosseln, Krammetsvögel, Wildgänse und Schwäne, wilde Putthähne und -hühner, sowie alle Raubvögel mit Ausnahme der Taubenhabichte, Sperber, Elstern und Krähen.

Der heutigen Wochenmarkt brachte ein sehr reichliches Angebot; die Nachfrage war jedoch nur schwach und ließ viel zu wünschen übrig. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für Butter 1,30—1,50, für Eier 1,10—1,20, Weißkäse 0,30, Tilsiterkäse 1,70—1,90. Die Gemüsepreise waren wie folgt: Mohrrüben 0,10, junge 0,35—0,55, Kohlrabi 0,35—0,40, Rhabarber 0,10—0,15, Spinat 0,10, Salat 0,10, Radieschen 0,10 bis 0,15, Gurken 0,80, Spargel 0,25—0,80, Blumenkohl 0,50—0,80, Stachelbeeren 0,30—0,40, Weißkohl 0,40, Brüken 0,10, Rote Rüben 0,10. Für Geflügel zahlte man: Hühner 3,00 bis 4,00, Hähnchen 1,50—2,50, Enten 3—4,50, Gänse 4—6,00, Tauben 0,80—0,90. Der Fleischmarkt brachte Speck zu 0,90 bis 1,00, Schweinefleisch 0,70—1,00, Rindfleisch 0,70—0,90, Kalbfleisch 0,70—0,90, Hammelfleisch 0,60—0,70. Der Fischmarkt lieferte Aale zu 2,00, Hechte 1,50—1,80, Schleie 1,20—1,60, Plöse 0,50, Bresen 1—2,10, Barse 0,80—1,00.

Bestrafte Diebe. Der 27jährige Franz Chamowski und der 33jährige Franz Nowacki aus Mroczkowice hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Diebstahls zu verantworten. Mitangestellt wegen Habserei ist der 28jährige Stefan Basaba. Im Januar v. J. führten die Angeklagten Ch. und N. in und um Mroczkowice eine Reihe von Diebstählen aus. So „erfreuten“ sie u. a. die Kolonialwarengeschäfte Kunze und Becker, sowie das Eisenwarengeschäft Krause durch ihre nächtlichen Besuche. Bei N. wurde während einer Haussuchung auf dem Boden ein kleines Eisenwarenlager vorgefunden. In dem Angeklagten B. fanden die Täter einen willigen Abnehmer ihrer Beute. Die Angeklagten, die sich nur zu einem Teil der Diebstähle bekennen, wurden vom Gericht verurteilt, und zwar Ch. zu fünf, N., der bereits vorbestraft ist, zu neun, und B. zu drei Monaten Gefängnis. — Der 26jährige Schlosser Grzegorz Zuk und der 21jährige Wojciech Kijak aus dem Kreise Bromberg hatten sich gleichfalls wegen Diebstahls zu verantworten. Beide Angeklagte, die aus dem Untersuchungsgesängnis dem Gericht vorgeführt wurden, hatten in Nieder-Strelitz aus den Ställen der Landwirte Waller, Domrowski und Damaski insgesamt 49 Hühner entwendet, die sie auf dem hiesigen Markt verkauften. Das Gericht verurteilte die Angeklagten, die geständig sind, und zwar Z., der bereits dreimal vorbestraft ist, zu acht, und K. zu sechs Monaten Gefängnis. K. erhielt einen dreijährigen Strafaufschub zugestellt.

Wegen Diebstahls und Urkundensälgung hatte sich der 42jährige Landwirt Martin Piasek aus Pieskowice, Kreis Bromberg, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Im November 1929 entwendete der Angeklagte dem Landwirt Wisniewski eine Obligation der Staatsanleihe im Werte von 1800 Złoty, die er in der Bank Stadthagen zu Gelde mache. Den Empfang des Geldes unterschied er nicht mit seinem, sondern mit dem Namen Josef Augustowski. N. wurde, als der Bestohlene den Diebstahl zur Anzeige gebracht hatte, von der Polizei verhaftet, konnte jedoch seine Schuldlosigkeit einwandfrei nachweisen. Erst nach längerer Bemühung gelang es der Polizei, den eigentlichen Dieb in der Person des Angeklagten festzunehmen. P., der trotz der Beweise den Diebstahl zu leugnen versucht, wurde vom Gericht zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Wer ist der Besitzer? Im Städtischen Amt für öffentliche Ordnung, Burgstraße (Grodzka) 25, wurden 17 gefundene Schlüssel abgegeben. Die rechtmäßigen Eigentümer können sich in dem genannten Amt, Zimmer 13, zur Entgegennahme ihres Besitzes melden.

Ein Auto vom Zuge erfaßt.

Am Montag gegen 2 Uhr nachmittag wurde das Auto des Herrn Schwerenz, gelenkt vom Chauffeur Haniewicz, in dem sich außer dem Besitzer und dessen Gattin auch der Wojewodschaftsrat Architekt Wroblewski befand, beim Überfahren des Bahngleises bei Koscielce plötzlich von der Lokomotive eines herannahenden Zuges erfaßt und 50 Meter weit mit fortgeschleift, bis der Zug zum Stehen kam. Das Auto ist stark beschädigt. Von den Insassen des Autos erlitten Architekt Wroblewski, Herr Schwerenz und der Chauffeur schwere Verletzungen, während die Gattin des Autobesitzers mit leichteren Verletzungen davon kam. Architekt W. und die Eheleute Sch. wurden nach ihren Wohnungen gebracht, der Chauffeur dagegen, der ganz besonders schwere Verletzungen erlitt und bewußtlos war, mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Gronie (Koronowo), 30. Mai. Kürzlich wurde dem Dienstmädchen der Kaufmannswitwe Grabowski von hier ein Sommermantel vom Herboden gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Beim Polizeikommandanten wurde ein gefundenes Gelätschchen abgegeben, das vom rechtmäßigen Eigentümer abgeholt werden kann.

ph. Schulz (Solec), 31. Mai. Der heutige Wochenmarkt war reichlich besucht. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1,15—1,40, Eier 0,90—1,00, Weißkäse 0,30 bis 0,35, Kartoffeln 2,20—2,60. — In der vergangenen Woche wurden dem Besitzer Oesterreich 180 Pfund Roggenmehl, 1 Sack Weizenmehl und das Fleisch von einem Schwein gestohlen.

v. Argenau (Gnierekowo), 31. Mai. Der Besitzer T. Szunka verpachtete seine Landwirtschaft in Krzelakowo an

Leon Stachowski. Dieser verstand es, das ganze lebende und tote Inventar zu verkaufen und sich den Erlös in die Tasche zu stecken. Weiter hat St. auch einen Wechsel in Höhe von 1000 Złoty fälschlich auf den Namen Franz Rajczak ausgestellt und das Geld von der Bank abgehoben. Als B. eines Tages seine Landwirtschaft in Augenschein nahm, mußte er zu seiner großen Verwunderung feststellen, daß der Pächter, sowie sämtliches Vieh, Wagen und Ackergeräte von der Wirtschaft verschwunden waren. Man meldete diesen Vorfall der Polizei, welche sich nun bemüht, den „sauberer“ Pächter zu fassen.

Z Nowrocław, 31. Mai. Im September vergangenen Jahres wurde das dreijährige Söhnchen des Eisenbahners Kowalczyk von hier in der Nähe der Bahndücke von der Straßenbahn übersfahren, wobei es so schwere Verlebungen davongetragen hatte, daß es wenige Stunden später im Krankenhaus verstarb. Dieserhalb hatte sich nun heute der an dem kritischen Tage den betreffenden Wagen fahrende Stanislaw Baranek aus Szymborze bei Nowrocław vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Er bestreitet, an dem Unglück schuldig zu sein, da die Strecke frei war. Ein Zeuge bekundet, daß das Kind die Straße 50 Meter vor dem Straßenbahnwagen überquert hat, dann aber am Schienenstrang in der Richtung der Bahn entlanggelaufen ist und im letzten Moment nochmals vor der Straßenbahn über die Straße laufen wollte. Da es dem Führer in diesem Falle nicht möglich war, das kleine Kind zu sehen, wurde er freigesprochen. — Im Dorfe Procyn schlug der Blitz in die Küche des Landwirts Mauth, beschädigte die Decke, zertrümmerte 5 Fensterscheiben und tötete 4 junge Gänse, 3 Enten und 6 Hühner. In Altendorf schlug der Blitz in die Wohnung des Arbeiters Egert, wobei die Gardinen zerrißten und zwei Flüze eines Liegefadens abgerissen wurden, worauf der Blitz durch die Mauer auf einen Apfelbaum übersprang. Bei dem Landwirt Beschke im selben Dorf schlug der Blitz ebenfalls ein, richtete aber keinen größeren Schaden an. Bei dem am nächsten Tage über dieselbe Gegend niedergegangenen Gewitter wurde durch Blitzschlag das Gehöft der Witwe Robert Schmidt in Erika vollständig vernichtet.



* Czarnikau, 31. Mai. Mißglückter Banditenüberfall. Am Sonntag erschienen zwei Männer im Gasthause und verlangten von der Gastwirtswitwe die Herausgabe des Geldes. Die Frau, die allein war, ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern drohte den Banditen, wenn sie nicht baldigst das Lokal verlassen würden, mit dem Revolver. Als die Einbrecherlinge erneut Geld forderten, drückte die Frau ab und traf einen der Individuen ins Bein, worauf nun beide schleunigst das Weite suchten. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

* Lissa (Leszno), 31. Mai. Selbstmord. Am 27. Mai warf sich eine 21jährige Arbeiterin des Gutes Golaszyn vor den von Lissa kommenden Güterzug. Die Lebensmüde gab, nachdem der Zug zum Stehen gebracht war, noch Lebenszeichen von sich. Die Schwerverletzte wurde nach Bojanowo geschafft, wo eine Beratung der rechten Schulter, ein Schenkelbruch und schwere Schädelverletzungen festgestellt wurden. Nach Anlegung des Notverbandes wurde die Verletzte in das Rawitscher Krankenhaus geschafft, wo sie am Sonnabend verstarb.

* Posen (Poznań), 31. Mai. Ein interessantes Urteil wegen Lebensmittelfälschung fällt die hiesige Strafkammer gegen den Bäckermeister Leon Nowicki aus der Leonhardstraße, weil er dem Brotteig alte aufgewetzte Semmel beigemischt hatte. Er gab die Straftat zu, behauptete aber, daß das bei den Bäckern ein allgemein beliebtes Verfahren sei, durch das der Teig schwachhafter werde. Das Gericht sah jedoch in der Beimischung der aufgewetzten Semmeln ein unerlaubtes Verfahren, um sich durch die Verarbeitung der Semmeln einen unerlaubten Vorteil zu sichern, und verurteilte den Angeklagten im Sinne der Anklage zu 50 Złoty Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängnis wegen Übertretung der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. März 1928. — Vor der verstärkten Strafkammer hatten sich die öftmals vorbestraften Karl Szubczyński und Bolesław Tomaszewski wegen eines Einbruchs diebstahls zu verantworten, bei dem sie wertvolle Goldsachen stahlen, die sie an einen Felix Bock zum Spottpreise von 20 Złoty veräußerten. Das Urteil lautete gegen Szubczyński auf acht Monate, gegen Tomaszewski und gegen den Hehler auf je ein Jahr Gefängnis. — Ebenfalls vor der verstärkten Strafkammer war der 72 Jahre alte Feldhüter Stanisław Oleśnik des Rittergutes Wonsowo im Kreise Neumischel wegen Toischlags angeklagt. Er hatte bei einem Patronillengange mehrere Männer beim Holzdiebstahl überrascht und als sie auf seinen Anruf nicht stehen blieben, zwei Schreckschüsse abgegeben, wobei der auf einer Anhöhe stehende Bernhard Switala in die Stirn getroffen tot zusammenbrach. Der Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt. — In dem benachbarten Dorfe Dwino trat der Polizeibeamte Sniadek nachts einen verdächtigen Mann, der sofort flüchtete, als er sich legitimieren sollte. Er wurde jedoch von anderen Personen festgehalten. Als er dem Polizeibeamten übergeben werden sollte, löste sich aus dessen Revolver ein Schuß, der den Verdächtigen in die Brust traf. Es handelt sich um den 22jährigen Michael Matysak aus der Hinterwaldsiedlung in Posen, der sich im Besitz eines geladenen Revolvers und verschiedener Einbrecherwerkzeuge befand. — Vermutlich beim Baden in der Warthe ertrunken ist die 18jährige Sofie Szkułak aus Kreisring, deren Kleider, Gebetbuch und Invalidenkarte am Wartheufer gefunden wurden.

Chefredakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Stöse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teile: Marian Seydel; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. s. t. l. in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 123

Statt besonderer Anzeige.

Heute in der Nacht entschlief sanft nach kurzem Leidens im 76. Lebensjahr mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, der

Uhrmachermeister

Julius Küster.

In stiller Trauer

Emma Küster geb. Cyburski
und Kinder.

Lasin, pow. Grudziądz, den 31. Mai 1932.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 4. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus aus statt. 5119

Gott der Herr erlöste heute früh 12½ Uhr nach langem schweren Leiden meinen lieben unvergesslichen Mann, unsern treulögenden Pflege- und Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Carl Sigmund Krempl

im Alter von 54 Jahren 6 Mon. 8 Tg.

Dies zeigt im Namen der trauern den Hinterbliebenen tief betrübt an

Frau J. Krempl,

Marta und Bruno als Kinder.

Dziemionna, den 1. Juni 1932.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 4. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus aus statt. 2319

Die Scheidestunde schlug zu früh,

Doch Gott der Herr bestimmte sie.

Original Bielitzer Kammgarne

für Herren und Damen kann ein jeder zu wirklich günstigen Preisen

direkt aus Bielitz kaufen. 5132

Reiche Auswahl in glatt dunkelblauer schwarzter und auch Modeware. Bitte verlangen Sie noch heute ganz unverbindlich und kostenlos entsprechende Muster v. der Firma

Wiktor Thomke, wyrób sukna. BIELSKO, Kamienica 84.

SKF Kugellager

Neumann & Knitter

Stary Rynek. 5125 Telefon 141.

Aufgebot.

Bald Rainath, wohnt in Schneidemühl, beabsichtigt in die Ehe einzutreten mit Fräulein Lydia Trida Janke, wohnhaft in Siedl. (Bolen).

Siedl., den 31. Mai 1932.

Der Standesbeamte. Cz. n. z. f.

Hebamme

erteilt Rat mit gutem Erfolg. Discretion zu gesichert. 2103

Daniel, Dworcowa 66.

Damen find. liebvolle.

Auf. Langi.

Klin.-Prax. Hebamme

Karwecka, Solec Rus.

2316

Entbindungs-

aufenthalts

find. werd. Mütt. sowie

Pension f. Säuglinge u.

Rekonvalescenten bei

Schw. Berta Lohkow.

Danica-Langführ.

Marienstr. 19. I. 3087

Bydgoszcz, Tel. 18-01

Dr. v. Behrens

10026 bearbeitet allerlei Verträge, Testamente, Erbsch., Auflassungen, Hypothekentilgung, Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 5

Leim Schlachthaus.

ZI 3.50 kostet eine dis-

tret. Auskunft über Privatpersonen.

Argus, Bydgoszcz,

Gdańska 91, II, Hosenig.

2276

Tennisschläger

Neubespannungen und Reparaturen werden billigt u. fachmännisch ausgeführt.

St. Niewczyk,

Musik-Instrum., Fabr.,

Bydgoszcz, Gdańsk 46.

Angelgelegenheit

v. einzelnen Herrn gegen

Grat. Nähe Bydgoszcz

geucht. Off. u. A. 2307

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Billigste hem. Reinig.
Garderob. Kleider in 3 Tagen.
Pomorzanka, Bydgoszcz,
Dzuny 23.

2287

Statt besonderer Anzeige.

Heute in der Nacht entschlief sanft nach kurzem Leidens im 76. Lebensjahr mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, der

Uhrmachermeister

Julius Küster.

In stiller Trauer

Emma Küster geb. Cyburski
und Kinder.

Lasin, pow. Grudziądz, den 31. Mai 1932.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 4. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus aus statt. 5119

Aussergewöhnliche Gelegenheit!

Sehr niedrige Preise

Cze-su-cza

für Sommerkomplett, moderne Pastellfarben

4 25

Fulards

reine Seide, neueste Muster

5 90

Seidenvoile

letzte Neuheiten für Promadenkleider

6 50

Crêpe Georgette

neueste Muster

6 50

Chiffon

reine Seide - Riesenwahl in Mustern

6 75

Crêpe de Chine

reine Seide in Dessins - Ausnahmepreis

7 90

Mousseline de laine

prima Qualität in schönen Mustern

3 25

Crepon

Dauerfarben - große Auswahl in Dessins

7 15

Muslin

gute Qualität in schönen Dessins

7 25

Kunstseide

waschecht - schöne Dessins

7 45

Schweizer-Voile

gute Qualität in großer Auswahl von

3 25

Be De Te
BYDGOSKI DOM TOWAROWY

Tel. 354 und 17

BYDGOSZCZ

Gdańska 10-12.

Nur Tatsachen!

Kein Roman!

doch spannend wie ein Roman
ist das soeben erschienene Buch von

ARTUR PANKRATZ

Wiedersehen im Besten

Das heutige Aussehen der Schlachtfelder

FLANDERN: Der Yser-Kanal - Die Nordseeküste - Dixmuiden - Der „Lange Max“ von Lengenboom - Ypern - Langemarck - Bixschoot - Der Houthoulster Wald - Die Krater von Wytschaete-Messines - Der Kemmelberg

FRANKREICH: Von Armentières bis Arras - Lens - Loretto - Ein Turm voller Menschenknochen - Der größte Kriegerfriedhof der Welt - Ein Massengrab mit 22 000 Leichen - Die Vimy-Höhe - Die Somme - Der St. Pierre-Vaast-Wald - Der Sprung ins Massengrab - St. Quentin - Ham - Das Grauen der Einsamkeit - Die Champagne - Der Chemin des Dames - Reims - Die Totenhöhe bei Berry au Bac - Unterirdische Labyrinth - Die Hundung-Brunhild-Stellung - Spurlos verschwundene Orte - Endlose Trichterfelder - Die Argonnen - Vauquois - Der Cruei-Wald - Montfacon - Verdun und seine Forts - Die Totenschluchten - Der Totenturm am Douaumont - Die Knochen ganzer Armeen in wenigen Kisten - Fleury - Der „Tote Mann“ - Dauernd Leichenfunde - Die Vogesen - Der Hartmannswillerkopf - 60.000 Tote um einen kleinen Berg - Die letzten Reste des Krieges - Das neue Leben

Preis: 4,20 zł brosch. + 25 gr Porto; 6,75 zł geb. + 50 gr Porto

Zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen, durch die Expedition der „Volkszeitung“ in Bydgoszcz u. durch den Verlag W. Johnes Buchhandlung, Bydgoszcz

Im Danziger Freistaat

erfolgt die Lieferung durch die Buchhandlung der „Danziger Volksstimme“, Danzig, Am Spendhaus 6

Ich suche für meinen

2. Beamten

27 Jahre alt, evgl., verh.,
doch spannend wie ein Roman
ist das soeben erschienene Buch von

ARTUR PANKRATZ

Wiedersehen im Besten

Das heutige Aussehen der Schlachtfelder

FLANDERN: Der Yser-Kanal - Die Nordseeküste - Dixmuiden - Der „Lange Max“ von Lengenboom - Ypern - Langemarck - Bixschoot - Der Houthoulster Wald - Die Krater von Wytschaete-Messines - Der Kemmelberg

FRANKREICH: Von Armentières bis Arras - Lens - Loretto - Ein Turm voller Menschenknochen - Der größte Kriegerfriedhof der Welt - Ein Massengrab mit 22 000 Leichen - Die Vimy-Höhe - Die Somme - Der St. Pierre-Vaast-Wald - Der Sprung ins Massengrab - St. Quentin - Ham - Das Grauen der Einsamkeit - Die Champagne - Der Chemin des Dames - Reims - Die Totenhöhe bei Berry au Bac - Unterirdische Labyrinth - Die Hundung-Brunhild-Stellung - Spurlos verschwundene Orte - Endlose Trichterfelder - Die Argonnen - Vauquois - Der Cruei-Wald - Montfacon - Verdun und seine Forts - Die Totenschluchten - Der Totenturm am Douaumont - Die Knochen ganzer Armeen in wenigen Kisten - Fleury - Der „Tote Mann“ - Dauernd Leichenfunde - Die Vogesen - Der Hartmannswillerkopf - 60.000 Tote um einen kleinen Berg - Die letzten Reste des Krieges - Das neue Leben

Preis: 4,20 zł brosch. + 25 gr Porto; 6,75 zł geb. + 50 gr Porto

Zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen, durch die Expedition der „Volkszeitung“ in Bydgoszcz u. durch den Verlag W. Johnes Buchhandlung, Bydgoszcz

Im Danziger Freistaat

erfolgt die Lieferung durch die Buchhandlung der „Danziger Volksstimme“, Danzig, Am Spendhaus 6

Getreide-

Raufmann

30 J., evangel., verh.,
10 jähr. Praxis, sucht
Veränderung anderweit. Stellung.

3. Jt. als Filialleiter in
ungefürsteter Stellung.

Gefl. Off. erbitten unter

A. 5097 a. d. Geschäft d. Zeitg. erb.

3. Jt. als Filialleiter in
ungefürsteter Stellung.

Gefl. Off. erbitten unter

A. 5097 a. d. Geschäft d. Zeitg. erb.

Wirtschaftsfir.

firm in allen Zweigen
eines größeren Land-
haushalts sucht von

1. 7. 32 ob. später mög-

lich selbstständ. Stell.

Werte Ang. u. M. 5036

an d. Geschäft d. Zeitg.

Geb. ig. Mädchen, evgl.,

das sich vor kein. Arbeit

scheut, sucht von sofort

oder später Stellung.

Gefl. ig. Mädchen, evgl.,

Apfelstein das Stück 0,50—0,80. Es gab sehr viel Gartenblumen, ferner auch die ersten Kornblumen. Begehung und Besuch waren gut.

Bestrafte Kämpfer. Am Montag fand anlässlich der Bataillonsfeier der 8. Pioniere auf dem Übungspunkt bei Wieses Kämpe ein Volksfest statt. Hierbei kletterten die jugendlichen Jan Lesczynski und Franciszek Halaszak auf einen Baum, um die dargebotenen Attraktionen besser verfolgen zu können. Die beiden Knaben fielen plötzlich vom Baum und machten eine recht unsanfte Bekanntschaft mit dem Erdboden. Es musste die Rettungsbereitschaft alarmiert werden, die die Knaben, die sich bei dem Sturz empfindlich verletzt hatten, nach dem Stadtkrankenhaus transportierte.

Einen unerbetenen Besuch stellten unerkannt entkommene Täter dem im vierten Stockwerk des Hauses Friedrichstraße (Warszawska) 14 wohnhaften Kazimierz Buczkowski ab. Die Einbrecher erbeuteten Kleidungs- und Wäschestücke sowie ein Fahrrad im Gesamtwert von 1000 Zloty.

Eigentümer gesucht. Einem von der Polizei verhafteten Dieb wurden zwei mit den Buchstaben „E. G.“ gezeichnete Bettbezüge, die wahrscheinlich von einem Diebstahl herrühren, abgenommen. Der rechtmäßige Eigentümer wird aufgefordert, sich bei der Polizei zu melden.

Festgenommen wurde am Montag eine vom Burggericht gesuchte Person. — Am selben Tage gelangten bei der Polizei zur Anmeldung: drei kleinere Diebstähle, zwei Veruntreuungen, ein Betrug, ferner fünf Verstöße gegen polizeiliche Verwaltungsvorschriften und eine Zuwiderhandlung gegen sanitätspolizeiliche Bestimmungen.

Aus dem Landkreis Thorn, 31. Mai. Aus unbekannter Ursache entstand neulich nachmittag bei dem Besitzer Albert Weßling in Rogowo Feuer. Durch Verstörung des Wohnhaussdaches wurde ein Schaden von rund 10 000 Zloty verursacht.

Dunkle Machenschaften im Neumarker Stadtparlament.

In Neumark (Nowemiaсто), 30. Mai. Am vergangenen Freitag abends 8 Uhr fand eine Stadtverordnetensitzung statt. Das Protokoll der vorherigen Sitzung wurde nach seiner Verlesung auf Grund eines Antrages der Stadtverordneten Entkiewicz und Swinarski nicht zur Kenntnis genommen. Stadtv. Z. forderte die Änderung des Reglements für die Fortbildungsschule dahin, daß der Schüler über seine Vereinszugehörigkeit selbst bestimmen könne. Hierbei entwickelte sich eine angeregte Debatte. Die Mehrzahl der Stadtverordneten war überhaupt für die Streichung des betreffenden Abschnittes. Den kritischsten Punkt erreichte die Diskussion, als der Vorsitzende, Rechtsanwalt Domagala, mitteilte, daß im Protokoll Radierungen und Verweichungen vorgenommen worden seien. Die Versammlung war über diesen Vorfall auf das höchste empört. Es besteht der Eindruck, daß irgend jemand daran Interesse hat, den betreffenden Abschnitt im Protokoll ungeachtet des Beschlusses des Stadtparlaments durchzuschmuggeln. Wer dies getan hat, ist noch ungewiß. In der letzten Zeit ist dies schon der zweite Fall, daß der Beschluß des Stadtparlaments auf diese Weise korrigiert wird. Auf Antrag des Stadtv. Bork kommt dieser Punkt in der nächsten Sitzung zur Sprache.

Ferner wurde mitgeteilt, daß der Käufer des Gebäudes der ehemaligen Töchterschule, Rechtsanwalt Pruski, seine erste Offerte in Höhe von 26 000 Zloty zurückgezogen hat und jetzt nur 22 000 Zloty dafür bietet. Nach einer längeren Diskussion beschloß man mit Stimmenmehrheit, das Gebäude für den ermäßigten Preis von 22 000 Zloty an Rechtsanwalt Pruski zu verkaufen. Der Erlös aus dem Hausverkauf soll zum größten Teil zum Erweiterungsbau des Gymnasiums dienen.

Culm (Cheimno), 31. Mai. Eine Kuh gestohlen wurde kurzlich des Nachts von der mit Stacheldraht umgebenen Weide des Gastwirts Franciszek Baumann in Szyndy hiesigen Kreises. Das 400 Zloty Wert bestehende Tier ist 10 Jahre alt, schwarz-weiß und an den Hinterschenkeln durch Stacheldraht verletzt.

Lustriesen.

Erstaunliche Leistungen des neuen „Do K“. — Auf der Suche nach dem idealen Motor.

Von Dr. Claude Dornier.

Nachfolgende Ausführungen des weltberühmten Fachmannes, dessen „Do X“ jüngst abermals den Atlantik überquerte, dürften allgemeines Interesse erwecken. Die Schrift.

Während des Weltkrieges und der darauf folgenden Jahre hat das Flugwesen bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Das moderne Flugzeug ist schneller, sicherer und billiger geworden, und Flüge nach den entferntesten Teilen unserer Erde sind durchführbar.

So groß nun auch alle diese Fortschritte sind, so müssen wir doch eines zugeben: Das Grundproblem des Flugwesens, die Frage der Antriebskraft, wurde noch nicht in befriedigender Weise gelöst. Der unbedingt zuverlässige und allen sonstigen Anforderungen genügende Motor ist bisher nicht gebaut worden.

Schnelligkeitsrekorde kann man zweifellos erzielen, wenn man eine besonders starke Maschine benutzt, aber die sensationellen Zeiten, von denen wir gelegentlich in der amerikanischen Presse lesen, befriedigen den europäischen Reisenden nicht, denn dieser möchte im Flugzeug ebenso sicher zum Ziel gelangen wie mit der Eisenbahn oder mit dem Dampfschiff. In allen Ländern bemühen sich die Konstrukteure, den wirklich ideal zu nennenden Motoren Typ zu bauen: leichtes Gewicht, widerstandsfähig, stark und vor allem zuverlässig. Ein solcher Motor muß ununterbrochen vom Start bis zur Landung laufen.

Zweifellos wird man diese technisch vollendete Maschine eines Tages bauen, vielleicht in nicht ferner Zukunft. Erst dann kann man die großen Vorteile des Luftverkehrs voll ausnutzen. Der technisch vollendet und unbedingt zuverlässige Motor wird das ganze Flugwesen revolutionieren und die Wege zu einem Zeitalter neuen Fortschrittes bahnen, denn er würde uns gestatten, ohne Beeinträchtigung der Sicherheit die Geschwindigkeit exakt zu steigern, daß Entferungen überhaupt keine Bedeutung mehr hätten. Erst dann werden wir in der Lage sein, regelmäßige Überseedienste für Frachten und die Beförderung von Reisenden

P. Bandsburg (Wieckow), 1. Juni. Das Gemeindeamt im nahen Jastreben verfügt die Arbeiten zum Bau eines Gemeindehauses im genannten Orte. Offerten für den Gesamtbau, oder teilweise für Maurer-, Zimmer- und Tischlerarbeiten müssen bis zum 10. Juni d. J. an das dortige Gemeindeamt eingereicht werden.

Bempelburg (Sepolno), 31. Mai. Auf dem hiesigen Standesamt gelangten in der Woche vom 22.—28. Mai zur Anmeldung: 3 Geburten (2 männliche, 1 weibliche) und 1 Eheschließung. — Unter dem Schweinebestande des Hausbesitzers Chart hier ist amtlich die Rottauflaufe festgestellt worden. — Wegen Diebstahls von 100 Zloty zum Schaden von Anton Lissa in Klein-Lutau hiesigen Kreises, verurteilte das hiesige Kreisgericht den Arbeiter Hermann Klatt aus Lutau zu 3 Wochen Gefängnis; der Mitangeklagte Hermann Kluge aus Bempelburg wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. — Wegen Diebstahls zum Schaden des Hausbesitzers Skorezewski in Bempelburg hatten sich die Arbeiter Bernhard Kaczmarek sowie Josef Weinke nebst seiner Ehefrau vor dem hiesigen Kreisgericht zu verantworten. Letzteres verurteilte den Angeklagten K. zu zwei Wochen Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist, die Ehefrau des W. wegen Beihilfe zu zwei Wochen Gefängnis. Josef W. wurde freigesprochen.

Die Empfindlichen.

Danzig soll auf ein Ehrenmal für die Opfer des Weltkrieges verzichten!

In seiner wohl überlegten These gegen Danzig macht die „moralisch abgerüstete“ polnische Presse nicht einmal vor Kriegerdenkmälern halt. Sogar die selbstverständliche Tatsache, daß der Senat der Freien Stadt Danzig beschlossen hat, nunmehr den längst geplanten Bau eines Kriegerdenkmals in Angriff zu nehmen, bringt die polnische Presse in Harnisch. Obgleich es ihr aus verständlichen Gründen schwer fällt, gegen das Kriegerdenkmal an sich Sturm zu laufen, glaubt sie sich an Hand einer entsprechenden Meldung der halbamtlichen Iskra-Agentur veranlaßt zu sehen, darauf hinzuweisen, daß der augenblickliche Zeitpunkt nicht am glücklichsten gewählt wurde, um in der Freien Stadt Danzig den Kriegsteilnehmern der früheren Kaiserlichen Armee (!) Ehre zu erweisen. Überdies glaubt die Presse, noch hervorheben zu müssen, daß dieses Denkmal gerade jetzt gebaut werden sollte, wo die Danziger Blätter und selbst Senatspräsident Dr. Biehm in Genf erklärt hätten, Danzig stehe vor einer Hungersnot, und das um so mehr, „als man dieser zweifellos schönen Feier einen durchaus deutschen Charakter einer gegen Polen gerichteten Kundgebung verleiht.“

Jedes Wort zu dieser unglaublichen Beanstandung ist besonders deshalb zu schade, wenn man bedenkt, daß in Polen volkspatriotische Feiern in erstaunlicher Fülle veranstaltet werden, und daß sogar Bromberg, das keinen „Aufstand“ hatte, das Grabmal eines „unbekannten Aufständischen“ enthält. Man sollte auch in der Iskra-Agentur niemals vergessen, daß man sich lächerlich macht, wenn man dem zu 96 Prozent von Deutschen bewohnten Danzig den Bau eines Ehrenmals für seine Opfer des Weltkrieges verwehrt. Der Ausdruck „lächerlich“ ist noch sehr mild, — wie jeder polnische Kriegsteilnehmer bestätigen wird. Die Danziger müssen sich schon müsterhaft gegenüber Polen benehmen, wenn die polnische Propaganda zu derartigen Vorwürfen ihre Zuflucht nehmen muss, die offensichtlich unter dem Hakenkreuz-Zeichen (aber auf der Brust des Matrosen Jerzyk) zu stehen scheinen.

Briefkasten der Redaktion.

S. G. S. Sie haben auf die Witwenrente sofort Anspruch. Diese beträgt 2% der Rente Ihres verstorbenen Mannes. Sie erhalten die Rente auch in Deutschland.

P. P. Irgendwelche Ansprüche an Ihren bisherigen Arbeitgeber haben Sie nicht, aber Sie haben Ansprüche aus dem Invaliditätsversicherungsverhältnis. Sie können während Ihrer Arbeitslosigkeit Unterstützung erhalten, und wenn Sie kränklich sind, können Sie die Krankenkasse in Anspruch nehmen und bei dauernder Invalidität können Sie Invalidenrente beanspruchen. Wenden Sie sich um Vermittlung an die Krankenkasse, bei der Sie bisher versichert waren.

in der Weise einzurichten, daß Flüge ohne Zwischenlandungen nach jedem Teil der Erde möglich sind.

Bis derartige Fortschritte erreicht sind, muß das Versehen der Konstrukteure von heute das sein, erhöhte Geschwindigkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit innerhalb der Grenzen der heute noch beschränkten Möglichkeiten zu erzielen. Fortschritte können nur etappenweise gemacht werden. Sprünge und große Säte sind hier nicht möglich.

Nach fünfzehnjähriger praktischer Erfahrung im Flugwesen sind die maßgebenden Konstrukteure in manchen wichtigen Fragen getrennter Meinung. Um nur ein Beispiel anzuführen: Bis jetzt ist man noch nicht zu einer Einigung darüber gekommen, ob es besser sei, die Flugzeuge durch einen Motor oder durch zwei oder drei oder noch mehr Motoren treiben zu lassen. Bei den Passagierflugzeugen wuchs freilich in den letzten Jahren die Neigung, mehrere Motoren anzuwenden.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß einmotorige Flugzeuge den großen Vorteil erhöhter Geschwindigkeit besitzen und das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Eigen- und Ladegewicht aufweisen können, so spricht doch für die mehrmotorige Maschine die Tatsache erhöhte Sicherheit, ferner die Gewissheit, daß der Führer keine Zwischenlandungen vorzunehmen braucht. In Anbetracht der uns noch gezogenen Grenzen beim Bau von Motoren gewährt uns die von mehreren Motoren angetriebene Maschine die heute zu erreichende grundsätzliche Sicherheit. Selbst beim besten Motor können Schäden vorkommen. Außerdem ist es wohl verständlich, wenn hier gesagt wird, daß die Sicherheit eines Flugzeuges zu einem großen Teil auch von den Anforderungen abhängt, die an jeden der Motoren gestellt werden. Ein Flugzeug mit einem einzigen Motor von 600 PS, wovon bei normalen Flugleistungen nur die Hälfte beansprucht wird, bietet mehr Gewähr als ein Flugzeug, das zwei Motoren zu je 300 PS besitzt, aber 400 PS zu normalen Leistungen braucht.

Wenn der Grundsatz, mehrere Motoren zu benutzen, wirklich erhöhte Sicherheit gewährleisten soll, so müssen — sobald ein Motor ausgeht — die anderen in der Lage sein, die Fortsetzung des Fluges zu ermöglichen, ohne daß sie übermäßig beansprucht werden. Dies ist beim neuen „Do K.“ der Fall, der kürzlich auf dem Tempelhofer Feld Probeflüge ausführte und das Neueste auf dem Gebiete der

Bei Stuhlverhalting, Unterleibblutüberfüllung, Kongestionen, Hüftnerverweh, Kreuzschmerzen, Atmung, Herzklagen, Mi- gräne, Ohrensausen, Schwindel, Gemütsverstimmung bewirkt das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser ausgiebige Darmentleerung, freien Kopf und ruhigen Schlaf. In Apoth. n. Drog. erhältlich. (4893)

Pom. 6. Für die früheren Jahre kann der Betreffende keinen Anspruch auf Entschädigung für Urlaub verlangen, den er nicht gefordert hat. Auch für dieses Jahr hat er keinen Anspruch auf Urlaub, da das Arbeitsjahr durch eine etwa vierwöchige Pause unterbrochen worden ist. In dem Absatz 4 des Art. 2 des Urlaubsgeges von 16. Mai 1922 sind die Fälle angeführt, die nicht als Unterbrechung der Arbeitszeit gelten; es sind dies: Krankheit, ein Unglücksfall und die Einberufung zu einer militärischen Übung. Arrest gehört also nicht darunter.

B. E. 3. Es handelt sich bei der Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung nicht um Kreisabgaben sondern um die staatliche Stempelsteuer. Diese beträgt für den Antrag 5 Zloty und für die Genehmigung gleichfalls 5 Zloty und für jede Anlage je 5 Groschen. Wenn die Gebühren anderweitig anders berechnet werden, so beruht das auf einer mißverständlichen Auffassung der Bestimmungen des Stempelsteuergesetzes.

R. O. 2. 1. Aus unserer Auskunft in Nr. 109 der „Deutschen Rundschau“ ergibt sich mit Klarheit, daß das Gericht das Armenrecht auch im Widerspruch mit der Auffassung des Magistrats ablehnen kann. Denn wenn es dazu nicht befugt wäre, dann hätte ja nicht das Gericht sondern der Magistrat über die Zuvermessung des Armenrechts zu entscheiden, was aber mit dem Gesetz im Widerspruch stehen würde. 2. Auf die Anfrage vom 25. 5. haben wir Ihnen leider die Antwort nicht zu dem gewünschten Termine erzielen können, da eine sofortige Erledigung von Anfragen nicht durchführbar ist. Deshalb empfiehlt es sich, die Anfragen nicht auf den letzten Augenblick zu verschieben und uns dadurch sozusagen die Pistole auf die Brust zu setzen. Wir wissen uns nicht darauf zu befreien, um welche Art Hypothek es sich in diesem Falle handelt. Wenn Restauriegel in Frage stand, so ist für die Umrechnung allein maßgebend, ob und in welchem Umfang der Wert des belasteten Grundstücks sich geändert hat. (§ 29 der Aufwertungsverordnung.) Die Rückicht auf spätere Eintragungen im Grundbuch spielt dabei keine Rolle. Handelt es sich aber um eine Darlehenshypothek, die allgemein nur auf 15 Prozent aufgemerkt wird, so ist eine höhere Aufwertung — die bis 100 Proz. zulässig ist — ohne Inanspruchnahme des Gerichts nur möglich, wenn keine anderen hypothearischen Lasten mit niedrigerem Rang eingetragen sind.

S. S. 1. Es sind bei Erbschaften zwischen 10 000 und 20 000 Zloty für Geschwister des Erblassers 14 Prozent an Erbschaftserlösen zu zahlen. 2. Sie können die Erbschaft nur innerhalb 6 Wochen ausschlagen; die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem Sie von dem Aufall und dem Grunde der Berufung Kenntnis erlangt haben.

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 3. Juni.

Königs Wusterhausen.

06.20 ca.: Von Berlin: Frühkonzert. 12.00: Wetter. Anschl.: klassisches und Unterhaltendes auf Schallplatten. 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Deutsche Mädchen in London. 15.40: Spanische Stierfechterküche. 16.00: Pädagogischer Funk. Lehrerarbeitsgemeinschaft. Besuch in einer Schwerhörigen-Schule. (Schulrat Georg Wolff und Lehrer Steimann). 16.30: Von Leipzig: Konzert. 17.30: Hochschulfunk. Priv.-Dozent Dr. Mazur: Risiko und Lebensförderung des Menschen der Gegenwart (I). 18.00: Berühmte deutsche Musik aus der Zeit Bachs (V). H. G. Graun, Marie Louise König und Hans Schulze-Ritter. Gefangenheits-Mitwirkung: Henry van Doorn. 18.55: Wetter. Anschl.: Prof. Dr. med. E. Leicht: Goethe und die Medizin. 19.35: Stunde der Arbeit. Josef Banzl: Westmächte der Erde (II). Kohle. 20.00: Schwäbische Volksmusik. 20.30: Täglich Gist. Ein blunder Abend rund um die täglichen Giste. 21.15: Sinfoniekonzert des Phith. Orch. Dir. Erwin Kahn. 22.20: Wetter, Tages- und Sportnachrichten. Anschl.: Von Berlin: Selten gespielte Musik von Johann Strauss.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Konzert. 11.30: Konzert. 12.05: Mittagskonzert I. 12.05: Mittagskonzert II. 15.30: Stunde der Frau. 16.00: Wollen und wagen? 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.30: Das Buch des Tages. 17.50: Die Zeit in der jungen Dichtung. 18.30: Die Oligarchen. 19.15: Wetter. Anschl.: Oligarchische Kulturbühne. 19.40: Volkstümliches Konzert. Schles. Philharmonie. 21.10: Amerikanische Tonkunst. 22.45—24.00: Von Berlin: Selten gespielte Musik von Johann Strauss.

Königsberg-Danzig.

09.00: Englischer Schulfunk. 11.30: Konzert. 12.05: Unterhaltungskonzert. 16.00: Heimatberichten. 16.30: Konzert. 17.35: Bücherstunde. 18.30: Delesen v. Liliencron (geb. 3. Juni 1844). Literatur- und musikalische Gedenkstunde. 19.35: Wetter. 19.40: Mozart-Konzert. Solist: Bruno Eisner, Klavier; Orch. d. Opernhauses. 20.50: Chitra. Spiel von Rabindranath Tagore. Musik von Erwin Lendval.

Warschau.

12.10, 13.35, 14.45, 15.50 und 16.40: Schallplatten. 17.35: Konzert des Polizeiorchesters. 19.35: Schallplatten. 20.15: Sinfoniekonzert der Philharmonie. Dir. C. Mlynarski. Solist: Sztompka, Klavier. 22.50—24.00: Tanzmusik.

mehrmotorigen Flugzeuge darstellt. Hier sind vier Motoren in der Weise angebracht, daß — wenn einer davon ausfällt — der Flug fortgelebt werden kann, ohne die anderen drei übermäßig zu beanspruchen. Während der Probeflüge wurde mit voller Belastung mit drei Motoren eine Höhe von 3500 Metern erreicht, während der „Do K.“ mit nur zwei Motoren bis auf 1000 Meter kam.

Beinahe so wichtig wie das Problem der Sicherheit ist die Frage des Preises. Bisher schien es praktisch unmöglich, eine billige mehrmotorige Maschine herzustellen. Ich hoffe, ich habe einem lange gefühlten Bedürfnis genügt, als ich ein neues viermotoriges Flugzeug entwarf, das kaum teurer zu stehen kommt, als eine große Maschine mit einem Motor. Auf jeden Fall ist dieses Flugzeug bedeutend billiger als alle anderen drei- und viermotorigen Maschinen, die bisher auf dem Markt waren. Dieser billige Preis wurde durch Vereinfachung der Konstruktion, durch Verwendung von weniger kostspieligem Material und durch rationellere Herstellungsweise erzielt.

Abgesehen von allen vorhin erwähnten Anforderungen hatte das Flugzeug auch dem Wunsche nach erhöhter Geschwindigkeit zu genügen. Die von amerikanischen Passagierflugzeugen erzielten geradezu sensationellen Zeiten haben auch bei uns die Forderung nach größerer Schnelligkeit lautet werden lassen. Ich bin der Ansicht, daß wir in Europa, wo der Reisende Bequemlichkeit und Sicherheit fordert, amerikanische Geschwindigkeiten nicht erreichen werden. Wir müssen deshalb in dieser Hinsicht vorläufig in vernünftigen Grenzen bleiben. Doch mit meiner „Do K.“ erreichte ich immerhin eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 227 Kilometern, viel mehr also, als die heute üblichen Passagierflugzeuge leisten. Dieser Erfolg ist nur der erste Schritt auf dem Wege zur Erreichung der von uns ersehnten Geschwindigkeit. Ein weiterer Fortschritt in dieser Hinsicht läßt sich leicht erzielen, wenn wir — wie es die Luftfahrt vorschlägt — den Querschnitt des Rumpfes verringern.

Der „Do K.“ könnte in dreieinhalb bis vier Stunden von Berlin nach Paris fliegen. Der Flug von Berlin nach London würde durchschnittlich sieben Stunden beanspruchen, so daß die neue Maschine, was Schnelligkeit und Sicherheit anbelangt, den augenblicklich verkehrenden Passagierflugzeugen um 25 Prozent überlegen ist.

Das neue Polen und das neue Frankreich.

Bei diesem Thema äußert sich der jüdische Warschauer „Rasz Przeglad“ in einem oft widersprüchlichen Artikel u. a. wie folgt:

Im Verlaufe der Zwistigkeiten zwischen der PPS (Polnische Sozialistische Partei) mit der Sanacja ist eine Frage hervorgetreten, die eine unparteiische Beleuchtung erfordert: nämlich ob die Außenpolitik mit der inneren Politik nichts zu tun habe. Herr Niedziakowski hat im sozialistischen „Robotnik“ aus Anlaß der politischen Verschiebung nach links in Frankreich die These aufgestellt, daß jetzt eine Zusammenarbeit der französischen Demokratie mit der polnischen Demokratie folgen müsse, aber die Grundlage dieser Zusammenarbeit müsse eine antifascistische Front sein, weshalb jetzt das Problem des Regierungssystems der Sanacija auf der Bildfläche erscheine. Darauf hatte die „Gazeta Polska“ (das Hauptorgan des Regierungsblocks) erklärt, daß die Frage des polnisch-französischen Bündnisses nur die Frage der außenpolitischen Interessen dieser beiden Staaten berühre, nicht aber die inneren sozialen Kräfte in jedem dieser Länder. Wer hat Recht? Dem Scheine nach hat die Außenpolitik mit der Innenpolitik nichts gemein. Tatsächlich aber übt die letztere einen sehr großen Einfluß auf die erstere aus, wenn auch nicht in dem Sinne, wie dies Herr Niedziakowski meint. Nehmen wir zur Illustration einige Tatsachen aus der Vergangenheit und auch aus der Gegenwart. Das zaristische reaktionäre Russland war vor dem Kriege die deutlichste Antithese des republikanischen Frankreich, und trotzdem wurde zwischen diesen beiden Staaten, da sich dies für die inneren politischen Zwecke als vorteilhaft erwies, ein Bündnis abgeschlossen. Gegenwärtig lebt Italien mit den Sowjets am besten, obgleich diese Staaten die zwei gegensätzlichsten Ideen repräsentieren, den Faschismus und Kommunismus, die um die Hegemonie in der Welt kämpfen. Ebenso leben die Sowjets mit der Türkei und dem Faschisten Kemal in Frieden und unterhalten wenn auch nur ein kühles Verhältnis zu Frankreich und England, wo die Arbeiter großen Einfluß haben und wo die Kommunisten sich der absoluten Propaganda-Freiheit erfreuen, während diese in Italien und der Türkei als Staatsverräter angesehen werden. Was Frankreich anlangt, so erklärte kürzlich der Radikale Pfeiffer, daß er ein Bündnis mit Italien erstrebe, dabei aber durchaus nicht den Rücktritt des Diktators Mussolini im Auge habe, und auch ein Bündnis mit Deutschland, ohne die Bedingung zu stellen, daß die Hitler-Leute nicht zur Regierung kommen dürften.

Aber wir sehen auch andere Erscheinungen umgekehrter Art. Früher, und zwar lange Zeit hindurch haben die monarchischen Länder Europas keine Beziehungen zum republikanischen Frankreich gehabt, gerade mit Rücksicht auf dessen Verfassung. Gegenwärtig hat man den Sowjets gegenüber einen ähnlichen Standpunkt eingenommen. Als in England die Konservativen zur Regierung gelangten, wurden die Beziehungen zu den Sowjets abgebrochen, und erst die Arbeiter-Regierung stellte sie wieder her. Dieselben Männer der Arbeiter-Regierung hielten während des polnisch-russischen Krieges die Munition für Polen zurück. Haben objektiv betrachtet die Auslands-Interessen Englands während der Regierung der einen oder der anderen Partei eine Abänderung erfahren? Offensichtlich nicht. Dasselbe konnten wir in Frankreich beobachten. Als dort die Reaktion herrschte, hielt man gegen Russland an der Parole „Kolossal“ fest, man näherte sich aber während einer Regierung, die mehr oder weniger demokratisch war, dem feigen Regime. Noch deutlicher wird dieser Unterschied in dem Verhältnis zu Deutschland. Eine mildere und verständlichere Politik begann zur Zeit des Linkskartells, und sie dauerte dann fort unter dem Druck der französischen Linken, die sogar zeitweise ihre inneren Forderungen opferete, indem sie den Konservativen ihre Unterstützung gewährte unter der Bedingung, daß die Vocation-Politik berücksichtigt würde. So erklärt sich die Teilnahme Briands an dem Kabinett Tardeau, mit dem er nicht einverstanden war, aber dessen Außenpolitik er, wenn auch mit Zähneknirsch, billigte. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß man, wenn ein neues radikal-sozialistisches Kartell zustande kommen sollte, auf dem Wege der Annäherung an Deutschland einen Schritt noch weiter vorwärts kommen wird. Selbst bei einer Konzentrations-Regierung werden die französisch-deutschen Beziehungen unter dem Einfluß der Radikalen sicherlich eine Verbesserung erfahren. Desgleichen kann man in nächster Zeit eine engere freundschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und den Sowjets erwarten.

Das Bestehen eines guten Verhältnisses zwischen Staaten verschiedener innerer Politik erfordert eine nähere Analyse. Zunächst danzt eine solche Idylle nicht lange; denn sehr bald kommen Zwistigkeiten. Solche Bündnisse bestehen nur wegen zeitweiliger Notwendigkeiten. Man wählt das kleinere Übel, um das größere zu vermeiden. Vor dem Kriege hätte Frankreich das Bündnis mit Russland beinahe mit seiner republikanischen Verfassung bezahlt, und zwar während des Dreyfus-Prozesses, als die Generale im Hinterblick auf die zaristische Macht daran dachten, die Monarchie wieder herzustellen. Die Freundschaft zwischen Russland auf der einen Seite, mit Italien und der Türkei auf der anderen Seite dauerte solange, als alle diese Staaten sich durch den Verfailler-Vertrag für geschädigt hielten. Und sie ist deshalb möglich, weil im Italien und in der Türkei nur wenige russische Kommunisten wohnen und in Russland nur wenige Italiener und Türken. Den Zusammenhang der Außen- und der Innenpolitik sehen wir in Polen auf Schritt und Tritt. Alle Polen sind heute der Ansicht, daß der größte Feind Polens Germanien ist, und daß es notwendig sei, mit allen Mitteln Russland als Bundesgenossen heranzuziehen. Der größte Freund Deutschlands ist heute Italien, das überall Deutschland unterstützt und es zur Revision der Verträge anstiftet. Indessen was sehen wir? Kommt es irgend jemandem in Polen in den Sinn, die Delegationen der Bolschewiken in den Rothemden feierlich und herzlich willkommen zu heißen, wie man die italienische in den Schwarzhemden empfing? Das politische Interesse trat hier vor dem idealen Interesse zurück, so war, daß selbst die Endecja, die sich der Regierung gegenüber in Opposition befindet und die Deutschen besonders haßt, nicht protestiert. Unzufrieden zeigten sich nur die PPS-Leute und die Hintermänner des „Robotnik“. Selbst für die Hitler-Leute, die wütendsten Feinde Polens, hat die

Frankreich – Polen und der Weichsel-Korridor.

Die dritte Idee Pfeiffers ist
die Notwendigkeit der Erledigung der Frage
des Weichsel-Korridors.

Er behauptet, Pommern sei die Hauptforderung Deutschlands, die Hauptbedingung, von der die französisch-deutsche Verständigung abhänge, die den wichtigsten Punkt der radikalen Politik darstelle. Allerdings, wenn Deutschland Polen überstiele, um ihm gewaltsam den Korridor zu entreißen, so würde Frankreich dagegen intervenieren, da dies im Völkerbundspakt verboten ist. Aber es besteht doch der Art. 19 des Vertrages, der eine Revision der Verträge in Aussicht nimmt, die sich nicht anwenden lassen. Bisher war für die Verwirklichung dieses Artikels die Einmütigkeit aller Mitglieder des Bundes erforderlich, also auch die der interessierten Staaten. Diese Einmütigkeit verbraucht aber den Art. 19 jeglicher Bedeutung. Deshalb muß man ihn abändern; deshalb hat auch Herrriot in seinem Interview die Notwendigkeit einer solchen Umstimmung des Art. 19 betont, damit die Revision von Verträgen praktisch möglich würde. Hier gibt es einen Ausweg aus dieser Lage. Und wenn Polen sich der Entscheidung nicht fügen würde, die ihm Pommern abnimmt, und Deutschland würde in Ausführung dieser Entscheidung bewaffnet in den Korridor einmarschieren, so würden sich nicht zehn Franken finden, die Polen Hilfe bringen würden.

„Ihr Herren Polen“, und hier wandte sich Herr Pfeiffer an uns, „ihr seid im Irrtum, wenn ihr behauptet, daß Frankreich seine Grenze an der Weichsel sieht!“

Das ist die Auslandspolitik der Radikalen nach Herrn Pfeiffer. Herr Kaiser gab in seiner Rede zu, daß er dazu keine Vorbehalte zu machen habe.

Gegen diese Ausführungen wandte sich ein Pole, Stefan Aubac, der Korrespondent des „Kurier Poznański“, und Herr Jules Sauerwein. Aber man darf nicht so fährt der Korrespondent des „Kurier Poznański“ fort, die Augen verschließen vor der Tatsache, daß die Idee einer friedlichen Abänderung der Grenzen Polens bei der Linken rasche Fortschritte macht. Die radikale Presse schreibt darüber wenig, um Herrriot keine Schwierigkeiten zu bereiten, aber man spricht über dieses Thema viel in privaten Unterhaltungen. Offensichtlich wird dieser Gedanke nicht in das Programm der Regierung der Radikalen aufgenommen werden. Es gibt zu viel kluge Franzosen, die verstehen, daß eine Besetzung Pommerns durch Deutschland, wodurch — immer nach Ansicht des „Kurier“ — Polen seiner Unabhängigkeit beraubt und die deutsche Hegemonie in Zentral- und Osteuropa errichtet würde, Frankreich ein neues Sedan bereiten würde. Die Gefahr solcher Kundgebungen, wie die Rede des Herrn Pfeiffer, beruht in der Hauptsache darauf, daß sie für die abenteuerlichen Elemente in Deutschland den Anreiz geben, den Einmarsch in Pommern zu versuchen. Niemand im entwaffneten Deutschland denkt daran! D. R.) Heute weiß man bereits, daß der Kampf der Radikalen um die dreijährige Militärdienstzeit und um die Kredite für die Artillerie im Jahre 1914 in Deutschland die Lust zum Kriege hervorgerufen hat. (?) Der Standpunkt der französischen Linken in Sachen Pommern kann für die nationalistischen Organisationen in Deutschland gleichfalls einen solchen Anreiz bilden, und für die deutsche Diplomatie kann er den Anlaß bilden, im Völkerbunde das Problem der Revision zur Diskussion zu stellen.

Endecja eine schlecht maskierte Sympathie wegen ihres reaktionären Gepräges und wegen ihres Antisemitismus.

Und jetzt wollen wir sehen, wie sich das linksgerechte Frankreich zu Polen verhalten wird. Seine wichtigste Parole bildet der Pazifismus. Im Namen dieser Parole wird es bemüht sein, sich sogar mit Deutschland zu einigen und dafür einzutreten, daß auch zwischen Deutschland und Polen eine Einigung stattfindet auf Grund irgend eines Kompromisses. Und deshalb wird es sich bei Bewertung der Bedingungen, die von Polen gestellt werden, ganz anders gegenüber einer fortschrittlichen Regierung als gegenüber einer reaktionären verhalten. Dieselbe Bedingung, die Verdacht erweckt, wenn sie durch eine reaktionäre Regierung gestellt wird, wird für natürlich angesehen, wenn sie durch eine demokratische Regierung gestellt wird. Deshalb wird man mit einer fortschrittlichen Regierung tatsächlich viel leichter zu einer Verständigung gelangen als mit einer reaktionären. Es ist selbstverständlich, daß es Frankreich um eine wirkliche demokratische Regierung zu tun sein wird und nicht bloß um eine formelle demokratische. Wenn in Polen die Endecja regieren sollte, wenn auch auf Grund der größten Stimmenzahl bei den Wahlen, wird das linksgerechte Frankreich sich mit ihr nicht einigen können, wie dies geschehen könnte mit einer fortschrittlichen diktatorischen Regierung. Es genügt zum Beweise dessen darauf hinzuweisen, daß die Linke den Diktator Kemal sehr lohnt wegen seiner Reformen. Im übrigen darf man nicht übersehen, daß jede Regierung ihr Bekennen zu ihrer Idee in der ganzen Welt verbreiten möchte. Besonders kann man dies von den fortschrittlichen Gruppen sagen; denn die Chauvinisten haben nur die Solidarität, daß alle den Krieg untereinander erstreben. Wenn also die französische Linke in die Lage käme, zwischen einem fortschrittlichen Germanien und einem reaktionären Polen zu wählen, so würde sie die erste Möglichkeit wählen (?). Hinzu kommt noch, daß nach Ansicht der Fortschrittliter eine reaktionäre Regierung kein starker Bundesgenosse sein kann. Man darf auch nicht das moralische Element unbürgsichtigt lassen. Frankreich betrachtet sich mit Recht oder mit Unrecht als der Beschützer einer Reihe von ihm besetzten Staaten, namentlich Polens, worin es ein humanitäres Ziel erblickt. Ein fortschrittliches Frankreich wird ein Polen nicht unterstützen, das einen Faktor der Reaktion bildet. Es ist auch kein leichtfertiger Rat, den tatsächlichen fortschrittlichen Kurs in Polen dem fortschrittlichen in Frankreich anzupassen, namentlich wenn sich Deutschland ebenso verhält, wie es tatsächlich der Fall ist.

Kleine Rundschau.

Geheimnisvolle Todesfälle.

Zwei ihrer Ursache nach noch ungeklärte Todesfälle ereigneten sich in der Familie eines Herrmannes in Mehlingen bei Lingen (Bez. Osnabrück). Der 17 Jahre alte Sohn hatte sich abends noch gefeuert und munter zu Bett gelegt. Als die Mutter ihn am andern Morgen wecken wollte, fand sie einen Todtrunken vor. Hals und Zunge waren stark angeschwollen. Der Kranke wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er bald danach starb. Gegen Mittag desselben Tages erkrankte auch seine vierjährige Schwester und starb schon während der Überführung ins Krankenhaus. Da man keine Anhaltspunkte für die Todesursache finden konnte, wurden Leichenteile der Göttinger Universität zur Untersuchung übergeben.

Ein Meteor stürzt zur Erde.

Aus der Stadt Salta wird über Buenos Aires gemeldet, daß die Einwohner dieser argentinischen Stadt durch ein Erdbeben alarmiert wurden, das von einem Donnerschlag, der einer Explosion nicht unähnlich war, begleitet wurde. Wie sich herausgestellt hat, ist die Katastrophe durch einen Meteor hervorgerufen worden, der in der Umgebung niedergegangen war und bei der Berührung mit der Erde in tausend Stücke zerbrach.

Ein Dichter wird entführt.

New York, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung) Aus Hollywood kommt die Nachricht, daß der bekannte amerikanische Schriftsteller John Russell auf geheimnisvolle Art verschwunden sei. Nach Mitteilungen der Freunde des Schriftstellers, der Filmschauspielerin Lilian Gernet, soll Russell wahrscheinlich durch eine geheime Bande entführt worden sein, um Lösegelder zu erpressen. Es besteht die Annahme, daß an der Spitze dieser Bande ein von Russell früher entlassener Diener namens Larsen steht. Larsen hat vor kurzer Zeit Russell einen Besuch abgestattet und ihn um ein Darlehen in Höhe von 25 000 Dollar gebeten, um damit Schmugglergeschäfte betreiben zu können. Der Schriftsteller ließ diese Bitte seines ehemaligen Dieners unberücksichtigt. Am folgenden Tage erhielt er ein Schreiben, worin ihm die Mitteilung gemacht wurde, daß er innerhalb von 48 Stunden ermordet werde. Russell hat dieses Schreiben nicht ernst genommen. Am folgenden Tage wurde er in dem Augenblick entführt, als er sich zur Stadt begeben wollte, um Einkäufe zu machen.

